

GI Rechtsprechungs- änderungen (BFH)

Steuerliche Berücksichtigung von Aufwendungen für Kurreisen ohne amtsärztliches Zeugnis

Aufwendungen für eine Kurreise können als außergewöhnliche Belastung nach § 33 des Einkommensteuergesetzes zu einer Steuerermäßigung führen. Voraussetzung ist u. a., daß die Reise zur Heilung oder Linderung einer Krankheit nachweislich notwendig ist und eine andere Behandlung nicht oder kaum erfolgversprechend erscheint.

Wegen der im allgemeinen schwierigen Abgrenzung zu Erholungsreisen und um Mißbräuche auszuschließen, ist es regelmäßig erforderlich, daß die medizinische Notwendigkeit der Kurreise durch ein vor ihrem Antritt ausgestelltes amtsärztliches oder vergleichbares Zeugnis nachgewiesen wird. Der Bundesfinanzhof hat im Anschluß an seine bisherige Rechtsprechung nun entschieden, daß von diesem Erfordernis abgesehen werden kann, wenn feststeht, daß eine **gesetzliche** Krankenkasse diese Notwendigkeitsprüfung vorgenommen und positiv beschieden hat (*Urteil vom 30. 6. 1995 – III R 52/93*). Er hat dazu ausgeführt, daß davon in der Regel ausgegangen werden kann, wenn die Kasse einen Zuschuß zu den Kosten für die Durchführung der Kur – z. B. zu den Kosten für Unterkunft und Verpflegung – gewährt hat. (Pressemitteilung d. Bundesfinanzhofs)

GI Leitsätze

Belehrungspflicht des Steuer- beraters / Beweislast des Mandanten / Dokumentations- pflicht? / Weisungen

Für eine Belehrungspflichtverletzung ist der Mandant im Honorarprozeß des Steuerberaters beweislasterpflichtig.

Mündliche Hinweise, die der Mandant trotz möglicher nachteiliger Konsequenzen nicht zu befolgen bereit ist, müssen nicht schriftlich wiederholt werden, weder zur Betonung ihrer Ernsthaftigkeit noch zum Zwecke der Beweissicherung.

Der Steuerberater ist an Weisungen seines Mandanten gebunden (§ 665 BGB), soweit sie in Kenntnis der Sach- und Rechtslage ergehen. (*OLG Köln, Urt. v. 1. 6. 1994 – II U 244/93, rkr. – StB 1994, 425*)

Veräußerungsgewinn / Freiberufler / Fortführung der Arbeit

1. Veräußert ein Freiberufler seine Praxis, so schließt die Aufnahme oder Fortführung einer selbständigen Arbeit des Veräußerers im bisherigen örtlichen Wirkungsbereich die Annahme einer „Veräußerung“ i. S. d. § 18 Abs. 3 EStG dann nicht aus, wenn die Tätigkeit im Auftrag des Erwerbers ausgeübt wird.
2. Es macht keinen Unterschied, ob die Tätigkeit des Veräußerers selbständig oder nichtselbständig ausgeübt wird. (*BFH, Urt. v. 29. 6. 1994 – I R 105/93 – BFHNV 1995, 109*)

Eingangsmitteilung des Gerichts / Prüfung der Eingangs- bestätigung

Ein Rechtsanwalt kann sich grundsätzlich auf die inhaltliche Richtigkeit der Mitteilung über den Eingang einer Rechtsmittelschrift verlassen. Versehen des Gerichts (hier: Abweichung des mitgeteilten vom tatsächlichen Eingangsdatum um einen Tag bei Übermittlung eines Berufungsschriftsatzes per Telefax) dürfen bei rechtsstaatlicher Verfahrensgestaltung nicht über die Begründung besonderer Prüfungspflichten auf den Bürger abgewälzt werden. (*BVerfG, Beschl. v. 25. 11. 1994 – 2 BvR 852/93 – NJW, 1995, 711*)

Berufungs- begründungsfrist

- erster Verlängerungsantrag
- pauschale Begründung
- LAG Düsseldorf

(BAG, Beschl. v. 27. 9. 1994 – 2 AZB 18/94, 17 Sa 227/94 LAG Düsseldorf)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Beschwerdeführer darf mit großer Wahrscheinlichkeit mit der Bewilligung der Fristverlängerung rechnen, wenn dies dem normalen Lauf der Dinge entspricht.

2. Es entspricht ständiger Rechtsprechung des BGH, daß der Anwalt regelmäßig erwarten kann, seinem ersten Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist werde entsprochen. Im arbeitsgerichtlichen Verfahren gilt nichts anderes.

3. Den Prozeßbevollmächtigten trifft kein Verschulden, wenn ihm eine gegenüber der Rechtsprechung des BGH restriktive Haltung des LAG Düsseldorf bei der Bewilligung von Verlängerungsanträgen nicht bekannt ist.

4. Der Fristverlängerungsantrag kann am vorletzten Tag der Frist gestellt werden, ohne daß der Rechtsanwalt sich fernmündlich nach der Entscheidung erkundigen muß.

5. Will das Gericht dem ersten Verlängerungsantrag nicht stattgeben, ist es gehalten, nach §139 ZPO darauf hinzuweisen.

Aus den Gründen:

I. Der Kläger hat sich mit der Kündigungsschutzklage gegen eine von der Beklagten am 5.8.1993 ausgesprochene fristlose Kündigung gewandt und die Beklagte auf Zahlung von Vergütung aus Annahmeverzug in Höhe von

13.828,50 DM in Anspruch genommen. Mit Urteil vom 22.12.1993 hat das Arbeitsgericht dem Kläger einen Zahlungsanspruch in Höhe von 768,25 DM zuerkannt und die Kündigungsschutzklage sowie die weitergehende Zahlungsklage abgewiesen. Der Kläger hat gegen das ihm am 19.1.1994 zugestellte Urteil am 10.2.1994 Berufung eingelegt. Mit Schriftsatz vom 7.3., der am 9.3.1994 beim Landesarbeitsgericht eingegangen und ausweislich des Kanzleistempels dem Kammervorsitzenden vorgelegt worden ist, hat der Prozeßbevollmächtigte des Klägers Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist um einen Monat bis zum 10.4.1994 beantragt und dazu vorgetragen, im Hinblick auf „außergewöhnliche Arbeitsbelastung“ und „wegen der Vielzahl der zu bearbeitenden Vorgänge“ könne die Berufung „nicht fristgemäß“ begründet werden. Durch Beschluß vom 10.3.1994 hat das Berufungsgericht diesen Antrag mit der Begründung zurückgewiesen, der Rechtsstreit werde verzögert und erhebliche Gründe für eine Verlängerung seien nicht hinreichend dargelegt. Der Beschluß ist ausweislich des Kanzleistempels am 11.3.1994 an die Prozeßbevollmächtigten des Klägers abgesandt worden.

Mit Schriftsatz vom 15.3.1994, am 17.3.1994 beim Landesarbeitsgericht eingegangen, hat der Kläger die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand beantragt und in einer eidesstattlichen Versicherung glaubhaft gemacht, er habe auf die Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist vertraut. Zugleich hat er die Berufung begründet.

Zur Begründung des Wiedereinsetzungsantrags hat der Kläger vorgetragen, sein Prozeßvertreter habe nicht damit rechnen müssen, daß die Berufungsbegründungsfrist nicht verlängert werde. Dieser habe in Kenntnis der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs darauf vertraut, daß dem Verlängerungsantrag stattgegeben werde. Dieses Vertrauen sei vor allem deshalb schützenswert, weil der Prozeßbevollmächtigte über die Anforderungen der Rechtsprechung hinaus eine „außergewöhnliche“ Arbeitsbelastung vorgetragen und dazu ausgeführt habe, die „Angelegenheit könne derzeit

wegen der Vielzahl der zu bearbeitenden Vorgänge nicht fristgerecht erledigt werden". Für den Prozeßbevollmächtigten des Klägers sei auch nicht vorhersehbar gewesen, daß die angerufene Kammer des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf im Gegensatz zu anderen Kammern bei Verlängerungsanträgen eine gegenüber der höchstrichterlichen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs restriktivere Haltung einnehme. Davon sei auch nicht auszugehen gewesen, weil die Grundsätze zu § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO für § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG entsprechend gelten müßten. Die Normen unterscheiden sich nur dadurch, daß seit der Novell des Arbeitsgerichtsgesetzes im arbeitsgerichtlichen Verfahren nach dem Beschleunigungsgrundsatz nur noch einmal eine Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist verlangt werden könne. Hieraus folge keine restriktivere Auslegung der Verlängerungsmöglichkeit.

Der Kläger hat beantragt,

1. ihm Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren im Hinblick auf die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist.

2. unter Aufhebung der Entscheidung des Arbeitsgerichts Solingen vom 22.12.1993 festzustellen, daß die Kündigung vom 5.8.1993 das Arbeitsverhältnis zwischen der Beklagten und ihm weder fristlos noch fristgerecht zum 30.9.1993 beendet hat und das Arbeitsverhältnis ungekündigt fortbesteht.

Die Beklagte hat beantragt,

die Berufung als unzulässig zu verwerfen.

Sie hat die Auffassung vertreten, die pauschale Begründung des Antrags auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist durch den Kläger genüge nicht den Anforderungen des § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG. Der Kläger müsse sich das Verschulden seiner Prozeßbevollmächtigten auch gemäß § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen, die nicht auf eine Fristverlängerung hätten vertrauen dürfen. Zumindest hätten sie sich am letzten Tag der Frist telefonisch erkundigen müssen, ob die beantragte Verlängerung gewährt worden sei.

Das Landesarbeitsgericht hat die Berufung unter Zurückweisung des Antrags auf Wieder-

einsetzung in den vorigen Stand durch Beschluß als unzulässig verworfen. Dagegen richtet sich die vom Landesarbeitsgericht zugelassene Revisionsbeschwerde des Klägers, deren Zurückweisung die Beklagte beantragt.

II. Die vom Landesarbeitsgericht zugelassene Revisionsbeschwerde ist statthaft (§ 77 Satz 1 ArbGG) und begründet.

1. Dem Kläger ist auf seinen am 17.3.1994 rechtzeitig gestellten Antrag (§ 234 Abs. 2 ZPO) gegen die Versäumung der Berufungsbegründungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand zu gewähren. Er war ohne eigenes oder ihm zurechenbares Verschulden seines Prozeßvertreters (§ 85 Abs. 2 ZPO) verhindert, die versäumte Frist einzuhalten (§ 233 ZPO).

2. Grundsätzlich kann der Beschwerdeführer im Wiedereinsetzungsverfahren nicht mit Erfolg geltend machen, er habe mit der Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist durch den Vorsitzenden rechnen dürfen. Er ist vielmehr mit dem Risiko belastet, daß der Vorsitzende in Ausübung des ihm gemäß § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO bzw. § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG eingeräumten Ermessens eine beantragte Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist auch dann versagt, wenn die dafür erforderlichen Voraussetzungen vorliegen (vgl. BGH Beschl. v. 14.2.1991 – VII ZB 8/90 – NJW 1991, 1359, m.w.N.). **Etwas anderes gilt indes, wenn der Rechtsmittelführer mit grober Wahrscheinlichkeit mit der Bewilligung der Fristverlängerung rechnen darf, weil dies dem normalen Lauf der Dinge entspricht** (vgl. BGH Beschl. v. 11.7.1985 – III ZB 13/85 – VersR 1985, 972; BGH Beschl. v. 14.2.1991, a.a.O., m.w.N.; BAG Beschl. v. 4.2.1994 – 8 AZB 16/93 – MDR 1994, 942, 943, zu II 2 a der Gründe, auch zur Veröffentlichung in der Amtlichen Sammlung vorgesehen).

3. Entgegen der Auffassung des Landesarbeitsgerichts durfte der Kläger auf die Bewilligung seines Verlängerungsantrages vertrauen.

a) Zu den Gründen, die im Schrifttum und in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs im allgemeinen als „erheblich“ im Sinne von § 519

Abs. 2 Satz 2 ZPO und § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG angesehen werden, zählt u.a. die berufliche Überlastung bzw. besonders starke Arbeitsbelastung des Prozeßbevollmächtigten (BGH Beschl. v. 5.7.1989 – IV b ZB 53/89 – NJW – RR 1989, 1280; BGH Beschl. v. 7.5.1991 – XII ZB 48/91 – NJW 1991, 2080, 2081; Zöller/Schneider, ZPO, 18. Aufl., § 519 Rz 17; Germelmann/Matthes/Prütting, ArbGG, § 66 Rz 33).

Darauf hat sich der Prozeßbevollmächtigte des Klägers in der Sache berufen. Er hat vorgetragen, eine „außergewöhnliche Arbeitsbelastung“ hindere ihn „derzeit wegen der Vielzahl der zu bearbeitenden Vorgänge“ daran, eine sachgerechte Berufungsbegründung fristgemäß vorzulegen. Der Prozeßbevollmächtigte mußte nicht deshalb mit der vollständigen Ablehnung der Fristverlängerung rechnen, weil er die Gründe dieser „außergewöhnlichen“ Arbeitsbelastung und ihre Auswirkungen auf die Bearbeitung gerade der konkreten Sache nicht näher substantiiert und glaubhaft gemacht hat (§§ 224 Abs. 2, 294 Abs. 1 ZPO).

b) Es entspricht der ständigen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (vgl. Beschl. v. 11.7.1985, a.a.O.; Beschl. v. 5.7.1989, a.a.O.; Beschl. v. 14.2.1991, a.a.O.), daß der **Anwalt regelmäßig erwarten kann, seinem ersten Antrag auf Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist werde entsprochen**, wenn einer der Gründe des § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO vorgebracht wird. Eine Praxis, die generell die im Verlängerungsgesuch vorgetragenen Gründe ohne Glaubhaftmachung für nicht ausreichend hält, bewegt sich nicht mehr im Rahmen zulässiger, am Einzelfall orientierter Ermessensausübung. Auf eine solche Praxis braucht sich der Anwalt grundsätzlich nicht einzustellen (vgl. BGH Beschl. v. 11.7.1985, VersR 1985, 972, 973; BVerfG Beschl. v. 28.2.1989 – 1 BvR 649/88 – NJW 1989, 1147; BAG Beschl. v. 4.2.1994, a.a.O. zu II 2 a bb der Gründe).

c) **Im arbeitsgerichtlichen Verfahren** gilt entgegen der Auffassung des Landesarbeitsgerichts nichts anderes. Wenn § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG im Gegensatz zu § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO ausdrücklich die einmalige Verlängerung der Berufungsbegründungsfrist zuläßt, dient dies

dem im arbeitsgerichtlichen Verfahren vorherrschenden Grundsatz der Beschleunigung (Germelmann/Matthes/Prütting, a.a.O., Rz 3), der bei Berufungen in Kündigungsschutzprozessen gemäß § 64 Abs. 8 ArbGG besonders hervorgehoben ist. Daraus lassen sich jedoch keine Schlüsse auf Anforderungen ziehen, die generell und abweichend von § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO an die Darlegung und Glaubhaftmachung erheblicher Gründe für die Fristverlängerung zu stellen wären. Das verdeutlicht bereits der insoweit gleiche Wortlaut beider Vorschriften. Auch sind die in §§ 224 Abs. 2 und 294 Abs. 1 ZPO sowohl im Rahmen von § 519 Abs. 2 Satz 3 ZPO als auch im Zusammenhang mit § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG gleichermaßen anzuwenden (BAG Beschl. v. 4.2.1994, a.a.O., zu II 2 a bb der Gründe; a. A. LAG Berlin Beschl. v. 26.1.1990 – 6 Sa 91/89 – LAGE § 66 ArbGG 1979 Nr. 8).

In der Konsequenz dieses Ergebnisses liegt indes – entgegen der Auffassung des Landesarbeitsgerichts – kein Verzicht auf die tatbestandlichen Voraussetzungen des § 66 Abs. 1 Satz 4 ArbGG in Verbindung mit § 224 Abs. 2, § 294 Abs. 1 ZPO. Denn weder ist der Antragsteller der Darlegung erheblicher Gründe vollständig enthoben (vgl. LAG Nürnberg Beschl. v. 26.1.1994 – 4 Sa 1207/93 – LAGE § 66 ArbGG 1979 Nr. 9) noch ist der Kammervorsitzende im Einzelfall gehindert, eine Substantiierung und Glaubhaftmachung der im Verlängerungsgesuch dargelegten, erheblichen Gründe zu verlangen, **wenn Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die pauschal dargelegten Gründe nicht zutreffen**. In diesen Fällen kann das Gericht die Entscheidung über die Fristverlängerung auch nach deren Ablauf wirksam treffen (BAG GS Beschl. v. 24.8.1979 – GS 1/78 – BAGE 32, 71 = AP Nr. 1 zu § 66 ArbGG 1979) oder eine kurze (z.B. dreitägige) Verlängerung der Frist einräumen, sofern dadurch keine Verzögerung des Rechtsstreits eintritt.

d) Die unteren Instanzen der Fachgerichte sind allerdings auch bei der Auslegung und Anwendung von Verfahrensvorschriften nicht gehindert, was eigentlich keiner Hervorhebung bedarf, abweichende Auffassungen zu der Rechtsprechung der obersten Bundesgerichte

zu vertreten. Sie sollten jedoch solche Meinungsverschiedenheiten aus Gründen der Rechtsstaatlichkeit nicht zu Lasten des Bürgers austragen und es ihm zum Verschulden gereichen lassen, wenn er auf die Rechtsprechung eines obersten Bundesgerichts vertraut.

Eine solche Verfahrensgestaltung beschränkt den Anspruch des Bürgers auf berechenbaren und gleichmäßigen Zugang zu den Gerichten. Nur wenn dem rechtssuchenden Bürger bekannt sein muß, daß eine strenge Handhabung von Verfahrensvorschriften zu erwarten ist, kann eine andere Beurteilung gerechtfertigt sein (*BVerfG Beschl. v. 28. 2. 1989 – , a.a.O. zu III 2 der Gründe*).

Im vorliegenden Fall war das Landesarbeitsgericht aus den genannten Gründen gehindert, dem Kläger das Vertrauen seiner Prozeßbevollmächtigten auf die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zum Verschulden gereichen zu lassen. **Dem Prozeßbevollmächtigten war eine gegenüber der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs restriktivere Handhabung des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf bei der Bewilligung von Verlängerungsanträgen nicht bekannt.** Er hat durch eidesstattliche Versicherung glaubhaft gemacht, er habe nach seiner Erinnerung in 13jähriger Anwaltstätigkeit erstmals einen Verlängerungsantrag in Arbeitsgerichtssachen gestellt und auf eine positive Entscheidung vertraut. Er mußte die restriktive Spruchpraxis des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf im Zeitpunkt des Wiedereinsatzantrags (17.3.1994) auch nicht kennen, weil diese erst deutlicher bekannt geworden ist, nachdem der Beschluß der 12. Kammer v. 23.12.1993 im Juli 1994 veröffentlicht worden ist (*DB 1994, 1528 LS; EzA SD 1994 Nr. 16, 8*). Im zweiten Leitsatz des veröffentlichten Beschlusses hat die Kammer hervorgehoben, beim Landesarbeitsgericht Düsseldorf bestehe keine allgemeine Praxis, daß pauschal begründeten Verlängerungsanträgen entsprochen werde. Das Gericht hat zu diesem Leitsatz darauf hingewiesen, der Beschluß des Landesarbeitsgerichts v. 4.2.1994 (a.a.O.), in dem eine generell extensive Handhabung der Verlängerungsvorschriften angenommen worden sei,

beruhe auf falschem Vortrag des dortigen Berufungsklägers. Andererseits ist dem angefochtenen Beschluß selbst zu entnehmen, daß **die Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf nur „überwiegend“ eine strengere Handhabung der Verlängerungsvorschriften praktizieren;** eine einheitliche restriktive Handhabung gibt es daher wohl ebenfalls nicht.

Die Veröffentlichung des Beschlusses vom 23.12.1993 ist für die Beurteilung des vorliegenden Falles somit ebenso ohne Konsequenz wie die Veröffentlichung des Beschlusses des 8. Senats v. 4.2.1994 im Juni 1994 (a.a.O.). Für die Spruchpraxis beim Landesarbeitsgericht Düsseldorf enthält schließlich auch der veröffentlichte Beschluß des Landesarbeitsgerichts Berlin v. 26.1.1990 (– 6 Sa 91/89 – *LAGE § 66 ArbGG 1979 Nr. 8*) keine Aussage. Dieser Beschluß bewirkt allenfalls, daß im Bereich des **Landesarbeitsgerichts Berlin** nicht darauf vertraut werden kann, pauschal begründeten Verlängerungsanträgen werde stattgegeben.

4. Es reicht dem Kläger schließlich nicht zum Verschulden (§ 85 Abs. 2 ZPO), **daß sein Prozeßbevollmächtigter den Verlängerungsantrag erst am vorletzten Tag der Frist gestellt und sich fernmündlich nicht nach der Entscheidung erkundigt hat.** Eine Partei ist grundsätzlich berechtigt, eine Frist bis zum letzten Tag auszuschöpfen. Auch die unter diesen Umständen erhöhten Sorgfaltsanforderungen hat der Prozeßbevollmächtigte des Klägers nicht verletzt, als er zur Begründung seines Antrags lediglich auf die außergewöhnliche Arbeitsbelastung verwiesen hat. Da er daraufhin mit der Verlängerung der Frist rechnen konnte, bestand keine erkennbare Notwendigkeit für eine Rückfrage bei Gericht vor Ablauf der Frist (*vgl. BGH Beschl. v. 5. 7. 1989, a.a.O.*). Dies mag sich nach der Veröffentlichung des Beschlusses der 12. Kammer des Landesarbeitsgerichts Düsseldorf v. 23.12.1993 (a.a.O.) im Juli 1994 anders darstellen.

Im Gegenteil **wäre das Gericht im vorliegenden Fall gehalten gewesen, nach § 139 ZPO darauf hinzuweisen, daß es dem Verlängerungsantrag nicht stattgeben will.** Diese

Pflicht besteht indes nur dann, wenn das Landesarbeitsgericht – wie im vorliegenden Fall – in Abweichung von der gefestigten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und zumindest eines Teils des arbeitsrechtlichen Schrifttums nicht beabsichtigt, dem Verlängerungsantrag zu entsprechen und sich hierzu weder auf Entscheidungen des Bundesarbeitsgerichts noch auf **veröffentlichte** Beschlüsse desselben Landesarbeitsgerichts berufen kann. Dieser Hinweis wäre im vorliegenden Fall sogar mit einfacher Post möglich gewesen, da dem Kammervorsitzenden der Antrag ausweislich des Kanzleistempels bereits am 9.3.1994 vorgelegt worden ist. Selbst am letzten Tag der Frist (10.3.1994) hätte der Kammervorsitzende den Hinweis noch geben können. Sofern er sich hierzu des Telefons nicht bedienen wollte, hätte zumindest die Möglichkeit bestanden, dem Prozeßbevollmächtigten des Klägers einen entsprechenden Hinweis per Telefax zukommen zu lassen. Der Prozeßbevollmächtigte hätte dann entweder in aller Kürze unter Zurückstellung anderer Fristsachen eine Begründung fertigen und dem Gericht per Telefax zukommen lassen oder den Verlängerungsantrag entsprechend einem gerichtlichen Hinweis weiter substantiieren können.

Honoraranspruch

- Darlegungs- und Beweislast
- Vorlage der Arbeitsergebnisse
- Zustimmung zur Einsicht in die Finanzamtsakten?

(OLG Düsseldorf, Urt.v. 7.7.1995 – 13 U 163/93)

Leitsätze (d. Red.):

1. Vergütungsansprüche des Steuerberaters setzen Vorlage der Arbeitsergebnisse voraus.

2. Vor allem die „greifbaren Ergebnisse“ der geschuldeten Dienste gehören in die vom Steuerberater zu führenden Handakten. (Bilanzen, Berichte, Einnahme-

überschußrechnungen, Steuererklärungen pp.)

3. Ein Anspruch auf Zustimmung zur Einsicht in die Akten des Finanzamtes kann vom Steuerberater zum Nachweis seines Vergütungsanspruches nicht geltend gemacht werden.

4. Die Entscheidung zu Lasten eines Streitgenossen, erwächst im Verhältnis der Streitgenossen zueinander nicht in Rechtskraft.

Aus den Gründen:

I. Der Kläger hat als Rechtsnachfolger einer Steuerberatungsgesellschaft deren Gebührenforderungen aus neun Rechnungen für Leistungen bis September 1981 geltend gemacht. Hinsichtlich einer Rechnung (der v. 29.2.1980) hat er die Klage zurückgenommen, hinsichtlich weiterer fünf Rechnungen (der v. 27.1., 11.5., 27.5. 5.11. und 28.12.1981) hat der 18. Zivilsenat in dem (zweiten) Berufungsurteil v. 1.3.1990 abschließend entschieden. Im Streit waren demnach nur noch die drei Rechnungen vom 28.1., 30.4. und 5.11.1981 über insgesamt 7.367,67 DM. Durch Schlußurteil v. 9.6.1993 hat das Landgericht die Beklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung von 3.577,66 DM und den Beklagten zu 1. allein zur Zahlung weiterer 3.128,97 DM, jeweils nebst Zinsen, verurteilt und die Klage im übrigen abgewiesen. Dagegen haben beide Beklagten mit dem Ziel der vollständigen Abweisung Berufung eingelegt.

II. Die Berufungen sind überwiegend begründet. Der Kläger kann eine **Vergütung nur in den Angelegenheiten verlangen, in denen er Arbeitsergebnisse vorgelegt hat**. Denn im übrigen kann nicht überprüft werden, ob und in welcher Höhe er fällige Gebührenansprüche erworben hat. Darauf hat schon der früher zuständige 18. Zivilsenat in dem (zweiten) Berufungsurteil vom 1.3.1990 hingewiesen. Der Vorwurf des Klägers, der Beklagte zu 1. habe mit der (angeblichen) Vernichtung seiner Unterlagen und der Weigerung, das Finanzamt zur Auskunft zu ermächtigen, die Beweisführung vereitelt, ist nicht gerechtfertigt:

1. Grundsätzlich muß **der Anspruchsteller alle Tatsachen behaupten und beweisen, aus denen sich sein Anspruch herleitet**. Läßt der Beweis sich nur durch Urkunden (hier: die Arbeitsergebnisse) führen, so ist es Sache des Anspruchstellers, diese vorzulegen. Die ZPO kennt keine allgemeine Mitwirkungs- oder Aufklärungspflicht des Anspruchsgegners. Deshalb ist im Grundsatz keine Partei gehalten, dem Gegner das für seinen Prozeßsieg nötige Material zu verschaffen (BGH NJW 1990, 3151). Eine Ausnahme gilt nur, wenn die darlegungs- und beweisbelastete Partei außerhalb des maßgeblichen Geschehensablaufs steht und den rechtserheblichen Sachverhalt nicht von sich aus ermitteln kann, während die Gegenpartei die erforderlichen Informationen hat oder sich leicht beschaffen kann (BGH FamRZ 1987, 259, 260; BGH NJW 1989, 161, 162; BGH NJW 1990, 3151, 3152).

2. Daß der Kläger die Arbeitsergebnisse, auf die er seine Ansprüche stützt, überwiegend nicht mehr belegen kann, mag richtig sein. Die daraus folgende Beweisnot hat er sich aber selbst zuzuschreiben:

a) **Steuerberater haben**, ebenso wie Rechtsanwälte, **Handakten zu führen**. Diese Verpflichtung ist nicht gesetzlich geregelt, gehört aber zu den Grundsätzen einer gewissenhaften Ausübung des Berufs (§ 51 Abs. 1 StBerG, § 43 S. 1 BRAO) und wird in den §§ 66, 80 S. 2 StBerG und den §§ 50, 56 Abs. 1 S. 1 BRAO, die sich mit den Handakten befassen, als selbstverständlich vorausgesetzt (Gehre, StBerG, 2. Aufl. [1991], § 66 Rdnr. 3; Feuerich, BRAO, 2. Aufl. [1992], § 50 Rdnr. 1; allg. M.).

b) Die genannten Vorschriften betreffen allerdings nur einen Teil des Inhalts der Handakten, nämlich die Schriftstücke, die der Steuerberater oder Anwalt von seinem Auftraggeber oder für ihn erhalten hat. Der Begriff der Handakten (§ 18 RichtlStB, § 36 RichtlIRA) ist weiter. Er umfaßt alles, was aus Anlaß der Tätigkeit eines Steuerberaters oder Anwalts in einer bestimmten Angelegenheit in seine Hände gelangt ist, und zwar unabhängig davon, wer es gefertigt hat und wie es in seinen Besitz gekommen ist (Gehre, a.a.O. Rdnr. 4; Späth, in: Bonner Hand-

buch, § 66 StBerG, Rdnr. B 951.1; Feuerich, a.a.O. Rdnr. 6; allg. M.). Daraus folgt, daß die Handakten im weiteren Sinne auch Durchschriften oder Kopien der Unterlagen enthalten müssen, die der Steuerberater oder Anwalt selbst für den Auftraggeber angefertigt hat (Gehre u. Späth, jeweils a.a.O.; allg. M.; vgl. auch BGHZ 109, 260, 265). Denn abgesehen davon, daß die Handakten nur dann „ein Bild der entfalteten Tätigkeit“ (§ 36 S. 2 RichtlIRA) geben und eine ausreichende Grundlage für eine etwaige weitere Betreuung des Mandanten (Ersatz verlorener Unterlagen, Vertretung vor Behörden und Gerichten, Anfertigung von Anschlußklärungen u.ä.) bieten, **können Steuerberater und Anwalt auch in Gebührensachen am besten anhand ihrer Akten nachweisen, was sie für ihre Auftraggeber unternommen haben, wenn ihre Tätigkeit in Zweifel gezogen wird** (Späth, a.a.O. Rdnr. B 950.3 a. E.; Feuerich, a.a.O. Rdnr. 4; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, 2. Aufl. [1986], § 23 1.; Lingenberg u. a., Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts, 2. Aufl. [1988], § 36 Rdnr. 2).

c) **Beim Steuerberater gehören vor allem die „greifbaren Ergebnisse“** (BGHZ 115, 382, 386 = NJW 1992, 307, 308) **der von ihm geschuldeten Dienste, also die für den Auftraggeber angefertigten Bilanzen, Berichte, Einnahmen-Überschußrechnungen, Steuererklärungen usw., in die Handakten** (Gehre, a.a.O. Rdnr. 4; Späth, a.a.O. Rdnr. B 951.1). Bei einer geordneten Aktenführung hätte der Kläger demnach nicht nur die Auszüge, die das Finanzamt ihm überlassen hat, sondern sämtliche Arbeitsergebnisse vorlegen können, für die er eine Vergütung fordert. Eine nachvollziehbare Begründung, warum er dazu nicht imstande sei, hat der Kläger nicht geliefert. Deshalb ist davon auszugehen, daß die Beweisnot des Klägers auf seiner eigenen Nachlässigkeit beruht. Der an die Beklagten gerichtete Vorwurf, **sie** vereitelten seine Beweisführung, entbehrt damit jeder Grundlage.

d) **Der vermeintliche Anspruch des Klägers auf Zustimmung zur Einsicht in die Akten des Finanzamts läßt sich auch nicht auf § 810 BGB stützen**. Denn ein rechtliches Interesse,

das in § 810 BGB gefordert wird, besteht nicht, wenn die Einsichtnahme lediglich dazu dienen soll, Unterlagen für die Rechtsverfolgung des Anspruchstellers zu beschaffen (BGHZ 109, 260, 267).

III. 1. Rechnung v. 28.1.1981 über 3.128,97 DM.

a) Dazu hat der Kläger nur die Einnahmen-Überschußrechnung vorgelegt. Daß sie die Beklagten betrifft, sachlich richtig ist und insbesondere die Betriebseinnahmen, die den Gegenstandswert bilden, zutreffend wiedergibt, ist nicht bestritten. Nach dem nicht konkret angefochtenen Zahlen- und Rechenwerk des Sachverständigen, das der Senat sich hier und bei den weiteren Punkten zu eigen macht, beträgt die Gebühr in Anlehnung an die ALLGO

8/10

(Gegenstandswert 800.000 DM)	822,00 DM
25 % Teuerungszuschlag	205,50 DM
	1.027,50 DM
6,5 % MwSt.	66,79 DM
	1.094,29 DM

Diesen Betrag muß (nur) der Beklagte zu 1. an den Kläger zahlen. Zu den übrigen Rechnungspositionen (Bericht, Gewinnfeststellungs- und Umsatzsteuererklärung) liegen keine Arbeitsergebnisse vor.

b) Soweit der Beklagte zu 1. hilfsweise geltend macht, der Anspruch des Klägers sei auch gegenüber dem Beklagten zu 2. **nicht** verjährt, ist die Berufung unzulässig, weil der Beklagte zu 1. durch die gegenteilige Feststellung des Landgerichts nicht beschwert ist. Die Beklagten sind **einfache Streitgenossen**, deren ursprünglich getrennte Prozesse nur aus Gründen der Zweckmäßigkeit miteinander verbunden worden sind. Das Urteil ergeht in einem solchen Fall nur im Verhältnis eines jeden Streitgenossen zum Gegner (hier: dem Kläger), nicht aber im Verhältnis der Streitgenossen untereinander (Bork, in: Stein/Jonas, ZPO, 21. Aufl. [1993], § 61 Rdnr. 5; Schilken, in: MünchKomm, ZPO [1992], § 61 Rdnr. 6). **Die Entscheidung, daß die Klage gegen einen der Streitgenossen – aus welchen Gründen auch immer – unbegründet sei, erwächst im Verhältnis der Streitgenossen zueinander nicht in Rechts-**

kraft (OLG Düsseldorf [4. ZS] NJW-RR 1992, 922, 923) und kann deshalb auch nicht von einem anderen Streitgenossen als unrichtig angefochten werden (Bork, a.a.O.; Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozeßrecht, 15. Aufl. [1993], § 48 III 1.).

Notaranderkonto

- Hinterlegungsanweisung
- Einvernehmliche Änderung
- Beurkundungszwang?

(OLG Düsseldorf, Urf. v. 7. 7. 1994 – 18 U 29/94)

Leitsätze (d. Red.):

1. Der Notar darf über Geld auf seinem Notaranderkonto nur entsprechend der ihm erteilten Hinterlegungsanweisung verfügen.

2. Die Anweisung kann einvernehmlich abgeändert werden, ohne daß es einer Beurkundung gem. § 313 BGB bedarf, wenn im Zeitpunkt der abändernden Vereinbarungen bereits die Auflassung erklärt ist.

Tatbestand:

Der Kläger ist Konkursverwalter der Firma T. KG. Mit notariellem Kaufvertrag v. 15.2.1989 verkaufte die spätere Gemeinschuldnerin ein Teileigentum zum Preise von 676.060,- DM (einschließlich Mehrwertsteuer) an einen Herrn Dr. G. K. Dieser Kaufvertrag wurde vom Beklagten beurkundet. Die Zahlung des Kaufpreises sollte über ein vom Beklagten einzurichtendes Notaranderkonto erfolgen. Hinsichtlich der Zins- und Abwicklungsmodalitäten heißt es in § 4 des notariellen Kaufvertrages u.a.:

Der Zahlbetrag ist fällig und zahlbar ...

Für den Fall des Verzuges werden Verzugszinsen vereinbart in Höhe von 7,5 % p.a.

Der Notar ist berechtigt, aber nicht verpflichtet, das Notaranderkonto als Festgeldkonto zu führen; Zinsen des Notaranderkontos gebühren der Verkäuferin.

Jede Verfügung über das Notaranderkonto hat in der Weise zu erfolgen, daß zunächst etwaige Treuhandauflagen der Gläubiger von Grundbuchrechten, die von dem Käufer nicht übernommen werden, erfüllt werden; der überschießende Betrag ist an die Verkäuferin auszusahlen.

Die auf diesem Notaranderkonto aufgelaufenen Zinsen sind Gegenstand des vorliegenden Rechtsstreites.

Nachdem am 16.3.1989 das Konkursverfahren über das Vermögen der Gemeinschuldnerin eröffnet worden war, erteilte der Kläger im Juni 1989 seine Zustimmung zu der Grundstücksveräußerung. Der Käufer überwies sodann im Sommer desselben Jahres einen Teilbetrag von 593.035,- DM auf das Notaranderkonto, den Restbetrag von 83.025,- DM, daß heißt die auf den Gesamtkaufpreis entfallende Mehrwertsteuer, hielt er zunächst zurück, weil er aufgrund des Konkurses der Verkäuferin um die steuerliche Anerkennung der im Kaufpreis enthaltenen Mehrwertsteuer fürchtete.

Im Juli 1991 verklagte der Kläger daraufhin den Käufer auf Zahlung des Restkaufpreises vor dem Landgericht D. Als im November 1991 allseits Einigkeit dahin bestand, daß der Kaufvertrag nunmehr durchgeführt und abgewickelt werden sollte, zahlte der Käufer auch den Restkaufpreis auf das Notaranderkonto des Beklagten ein, allerdings mit Ausnahme eines Teilbetrages von 15.000 DM, den er wegen Mängelgewährleistungsansprüchen zurückbehielt. Nachdem die Hauptgrundpfandgläubigerin der Gemeinschuldnerin, die B.-Bank, am 22.11.1991 Löschungsbewilligung erteilt hatte, zahlte der Beklagte an diese im Dezember 1991 661.060,- DM aus. Der Käufer Dr. K. wurde aufgrund der bereits am 15.2.1989 im Rahmen des notariellen Kaufvertrages beurkundeten Auflassung am 16.12.1991 im Teileigentumsgrundbuch als neuer Eigentümer eingetragen.

Unter Bezugnahme auf das beim Landgericht D. anhängige Klageverfahren hinsichtlich des Restkaufpreises, in dem der Käufer Dr. K. vom

Beklagten in dessen Eigenschaft als Rechtsanwalt vertreten wurde, schlug der Kläger mit Schreiben vom 8.1.1992 dem Beklagten als Vertreter des Käufers vor, zur Abgeltung der restlichen Kaufpreisforderung noch 12.000 DM zu zahlen; damit sollten sämtliche Ansprüche der (Kaufvertrags-) Parteien aus dem notariellen Kaufvertrag abgegolten sein; dementsprechend würde sodann Klagerücknahme erfolgen bei Übernahme der entstandenen Kosten durch den Käufer.

Nach Rücksprache mit einem Herrn B., einem Makler, der für den Käufer die Vergleichsverhandlungen mit dem Kläger führte, erklärte der Beklagte sich mit diesem Vergleichsvorschlag unter dem 30.1.1992 einverstanden, wobei er einen klarstellenden Zusatz betreffend Ansprüche auf Mängelbeseitigung am Gemeinschaftseigentum verlangte, mit dem sich der Kläger noch am 30.1.1992 seinerseits schriftlich einverstanden erklärte. Im Rahmen der Vergleichsgespräche waren die Kaufvertragsparteien zudem dahin übereingekommen, daß die Mieteinnahmen aus dem Teileigentum entsprechend der bisherigen Praxis dem Kläger verbleiben und ab Januar 1992 an den Käufer fließen sollten.

Entsprechend dem abgeschlossenen Vergleich nahm der Kläger seine Restkaufpreisklage beim Landgericht D. unter dem 31.1.1992 zurück; der Beklagte überwies die Vergleichssumme von 12.000 DM am 6.2.1992 an die BfG. Außerdem rechnete der Beklagte sein Notaranderkonto ab und zahlte den überschießenden Betrag einschließlich aufgelaufener Zinsen an den Käufer Dr. K. aus.

Als die B.-Bank den Beklagten mit Schreiben v. 25.3.1992 aufforderte, im Hinblick darauf, daß seit Einzahlung des wesentlichen Teils des Kaufpreises im Sommer 1989 auf seinem Notaranderkonto erhebliche Habenzinsen angefallen seien, dieselben an sie zum Ausgleich der bei ihr angefallenen Sollzinsen zu überweisen, wies der Beklagte dieses Ansinnen mit Schreiben v. 30.3.1992 im Hinblick auf die Erfüllung des ihm von der B.-Bank erteilten Treuhandauftrages und den Kaufvertragsparteien abgeschlossenen Vergleich zurück.

Unter dem 2.6.1992 machte der Kläger gegenüber dem Beklagten in dessen Eigenschaft als Vertreter des Käufers Verzugszinsen in Höhe von 7,75 % wegen der verspäteten Zahlung des Restkaufpreises (13.090,73 DM für die Zeit v. 20.5.1990 bis 1.6.1992) geltend. Dabei bat er, im übrigen auch die Tatsache zu berücksichtigen, daß der restliche Kaufpreis längere Zeit auf dem Notaranderkonto gelegen habe und die Guthabenzinsen ausschließlich an den Käufer zurückgeflossen seien. Auch diese Forderung wies der Beklagte mit Fax vom 5.6.1992 unter Hinweis auf den Vergleich und die darin enthaltene Ausgleichsklausel zurück.

Erstmals unter dem 12.10.1992 forderte der Kläger den Beklagten sodann zur Abrechnung des Notaranderkontos auf.

Der Kläger hat die Auffassung vertreten, durch den Vergleich habe sich an der Zuweisung der auf dem Notaranderkonto angefallenen Habenzinsen an die Verkäuferin gemäß § 4 des notariellen Kaufvertrages nichts geändert.

Der Kläger hat beantragt,

Der Beklagte hat beantragt,

Er hat geltend gemacht, die kaufvertragliche Verpflichtung, die Habenzinsen an die Verkäuferin auszusahlen, sei in den Vergleichsverhandlungen entsprechend der Ausgleichsklausel dahin abgeändert worden, daß bis zur Zahlung des restlichen Kaufpreises dem Verkäufer die Mieten aus dem verkauften Objekt und dem Käufer die Zinsen aus dem auf dem Notaranderkonto befindlichen Betrag zustehen sollten.

Das Landgericht hat nach Vernehmung des Zeugen B. die Klage abgewiesen. Zur Begründung hat es ausgeführt, daß es nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme davon überzeugt sei, daß die in § 4 des Kaufvertrages enthaltene Weisung an den Beklagten, die Zinsen auf dem Notaranderkonto an die Gemeinschaftschuldnerin auszusahlen, durch eine vergleichsweise Vereinbarung zwischen dem für die Gemeinschaftschuldnerin handelnden Kläger und dem Käufer dahin abgeändert worden sei, daß dem Käufer als Gegenleistung dafür, daß dem Kläger während der Zeit, über die sich die Vertragsabwicklung hingezogen habe, die Mietein-

nahmen aus dem Kaufobjekt zugeflossen seien, die Zinsen des Notaranderkontos für diesen Zeitraum verbleiben sollten.

Gegen dieses Urteil wendet sich der Kläger mit seiner frist- und formgerecht eingelegten und begründeten Berufung. Er vertritt weiterhin die Auffassung, der Vergleich habe die Zuweisung der Habenzinsen an die Verkäuferin gemäß § 4 des notariellen Kaufvertrages nicht betroffen. Wenn in den Vergleichsgesprächen von Zinsen die Rede gewesen sei, so habe es sich um die vom Kläger wegen der verspäteten Kaufpreiszahlung geforderten Verzugszinsen gehandelt, nicht aber um die auf dem Notaranderkonto anfallenden Zinsen. Darüberhinaus ist der Kläger der Ansicht, daß eine Abänderung des Kaufvertrages der notariellen Beurkundung bedurft hätte und die Abrede daher formnichtig sei.

Der Kläger beantragt,

das am 9.2.1993 verkündete Urteil des Landgerichts D. abzuändern und

1. den Beklagten zu verurteilen, dem Kläger Auskunft darüber zu erteilen, welche Zinsen im Hinblick auf die Abwicklung des von ihm als Notar ausgefertigten Grundstücksübertragungsvertrages Nr. 16 der Urkundenrolle für 1989, auf seinem Notar-Anderkonto entstanden sind;
2. den Beklagten zu verurteilen, die Richtigkeit und Vollständigkeit der zinsmäßigen Abrechnung des Notar-Anderkontos an Eides Statt zu versichern;
3. den Beklagten zu verurteilen, an den Kläger die auf seinem Notar-Anderkonto in Bezug auf den Grundstücksübertragungsvertrag Nr. 16 der Urkundenrolle für 1989 aufgelaufenen Zinsen in einer nach Erteilung der Auskunft noch zu bestimmenden Höhe nebst 5 % Zinsen seit Rechtshängigkeit zu zahlen.

Der Beklagte beantragt,

die Berufung zurückzuweisen.

Er verteidigt das landgerichtliche Urteil und wiederholt und vertieft sein erstinstanzliches Vorbringen.

Wegen der weiteren Einzelheiten des beiderseitigen Parteivorbringens wird auf den vorge-

tragenen Inhalt der gewechselten Schriftsätze nebst Anlagen ergänzend Bezug genommen

Aus den Gründen:

Die zulässige Berufung des Klägers ist nicht begründet. Der Beklagte hat sich durch die Auszahlung der Guthabenzinsen an den Käufer Dr. K. nicht schadenersatzpflichtig gemacht.

I. Da der Beklagte das Notaranderkonto bereits abgerechnet, den dort nach Befriedigung der Grundpfandrechtsgläubigerin/der Verkäuferin verbliebenen Restbetrag einschließlich der angefallenen Guthabenzinsen an den Käufer ausgezahlt und das **Notaranderkonto aufgelöst** hat, ist der streitige Zahlungsanspruch, für den der Auskunftsanspruch lediglich eine vorbereitende Funktion hat, nicht mehr im Wege der Beschwerde nach § 15 Abs. 1 Bundesnotarordnung geltend zu machen, sondern – wie geschehen – durch Klage auf Schadenersatz wegen Amtspflichtverletzung nach § 19 Abs. 3 Bundesnotarordnung (vgl. *BGH DNotZ* 1991, 682, 683).

Der im Rahmen der Stufenklage zunächst geltend gemachte Auskunftsanspruch, der seine rechtliche Grundlage in § 242 BGB finden kann, ist nicht begründet. Aufgrund seiner lediglich vorbereitenden Funktion setzt er voraus, daß der Zahlungsanspruch, dessen Durchsetzung er ermöglichen soll, besteht. Davon kann nicht ausgegangen werden.

Da die notarielle Rechtsbetreuung einschließlich der Verwahrungsgeschäfte zur Amtstätigkeit eines Notars gehört (vgl. *BGH DNotZ* 1983, 549, 551), kommen Zahlungsansprüche aufgrund privatrechtlicher Schuldverhältnisse nicht in Betracht.

Die Voraussetzungen für die danach allein heranzuziehende Anspruchsgrundlage, § 19 Abs. 1 Bundesnotarordnung, liegen nicht vor.

Zwar obliegt einem Notar die **Amtspflicht, über Geld auf seinem Notaranderkonto nur entsprechend der ihm erteilten Hinterlegungsanweisung zu verfügen**. Dies schließt ein, von einer übereinstimmenden schriftlichen Anweisung der an der Hinterlegung Beteiligten, wie sie in § 4 des notariellen Kaufvertrages hinsicht-

lich der Guthabenzinsen/des Restbetrages auf dem Notaranderkonto jedenfalls schlüssig enthalten ist, nicht auf nachträgliche einseitige Weisung eines Beteiligten abzuweichen; dies gilt jedenfalls dann, wenn dieser Beteiligte in Abweichung von der übereinstimmend getroffenen Weisung nicht mehr Auszahlung an den anderen Beteiligten begehrt, sondern Auszahlung an sich.

Diese Amtspflicht hat der Beklagte indes nicht verletzt. Die an der Hinterlegung Beteiligten, hier die Kaufvertragsparteien, haben die in § 4 des notariellen Kaufvertrages enthaltene Anweisung an den Beklagten, Zinsen des Notaranderkontos ebenso wie einen nach Befriedigung der Grundpfandrechtsgläubigerin verbleibenden überschüssigen Betrag insgesamt, d.h. einschließlich angefallener Zinsen, an die Verkäuferin auszusahlen, im Januar 1992 **einvernehmlich dahin abgeändert**, daß an die Verkäuferin/deren Grundpfandrechtsgläubigerin über die bereits im Dezember 1991 gezahlten 661.060,- DM hinaus lediglich weitere 12.000 DM zu zahlen und damit sämtliche beiderseitigen Ansprüche aus dem notariellen Kaufvertrag abgegolten waren. Diese im Rahmen eines Vergleichs getroffene einvernehmliche Regelung wird durch den Schriftwechsel der Parteien vom 8.1.1992/30.1.1992 belegt.

Schon die **Ausgleichsklausel** beinhaltet nach Überzeugung des Senats, daß dem Kläger/der Verkäuferin über die Zahlung von 673.060,- DM hinaus keine weiteren Ansprüche mehr zustehen sollten, d.h. insbesondere kein Anspruch auf die vertraglich vereinbarten Verzugszinsen und auch nicht auf die auf dem Notaranderkonto angefallenen Habenzinsen. Nach dem Wortlaut dieser Ausgleichsklausel konnten die bereits angefallenen Habenzinsen nur noch dem Einzahler als demjenigen ausgekehrt werden, der das zu verzinsende Kapital zur Verfügung gehalten hatte, der bis zum Eintritt der Auszahlungsvoraussetzungen an den Kläger/die Verkäuferin dessen wirtschaftlich Berechtigter und damit – mangels anderer Vereinbarung – auch Nutzungsberechtigter geblieben war.

Entscheidend kommt hinzu, daß die Kaufvertragsparteien exakt diese Regelung, nämlich

einen Verbleib der Nutzungen des Kaufpreiskapitals, d. h. der Habenzinsen beim Käufer, des Kaufgegenstandes, d. h. der Mieteinnahmen, bei der Verkäuferin bis zum Besitzübergang, **in Abweichung von der im notariellen Kaufvertrag getroffenen Regelung mit dem Vergleichsschluß auch herbeigeführt sehen wollten**, d. h., daß der übereinstimmende Willen der Parteien nicht etwa hinter dem Vergleichstext und der darin enthaltenen Ausgleichsklausel zurückgeblieben ist, indem insbesondere etwa die Habenzinszuweisung an die Verkäuferin gemäß § 4 des notariellen Kaufvertrages vom Vergleichsschluß nicht berührt sein sollte. Dies folgt aus der Aussage des Zeugen B. vor dem Landgericht. Dieser hat – entgegen der Darstellung der Berufung – ausweislich des Vernehmungsprotokolls ausdrücklich bestätigt, daß die beiderseitigen Nutzungen (Mieteinnahmen und Kaufpreiszinsen) Gegenstand der Vergleichsgespräche waren und – im Ergebnis entsprechend § 452 BGB – einerseits dem Kläger, andererseits dem Käufer verbleiben sollten, mag dabei auch nur generell von Zinsen und nicht differenziert von Guthaben- und Verzugszinsen die Rede gewesen sein.

Soweit die Berufung geltend macht, der Kläger und der Zeuge B. hätten sich lediglich hinsichtlich der vom Kläger beanspruchten Verzugszinsen geeinigt, kann dem nicht gefolgt werden. Soweit der Kläger hierzu darauf hinweist, er habe sich einer Verzugszinsforderung in Höhe von 13.000 DM seinerzeit berührt, steht dies im Widerspruch zu seinem eigenen Vorbringen in seinem Schreiben vom 2. 6. 1992, in welchem er die nämlichen Verzugszinsen für einen etwa 1 1/2 Jahre längeren Zeitraum auf gerade 13.000 DM berechnet.

Wenn sich der Kläger und der Zeuge B. gerade und nur über die Verzugszinsen einig geworden sein sollten, ist auch nicht nachvollziehbar, wieso sowohl die B.-Bank als auch der Kläger nachfolgend versucht haben, gerade die Verzugszinsen vom Beklagten zu erlangen. Dies beehrte einerseits die B.-Bank mit ihrem Schreiben vom 25. 3. 1992, die gerade die bei ihr angefallenen Sollzinsen ausgeglichen sehen wollte, andererseits der Kläger mit dem bereits erwähnten Schreiben vom 2. 6. 1992.

Für die Richtigkeit der Darstellung des Zeugen B. spricht entscheidend auch, daß der Kläger im Rahmen seiner Forderung vom 2. 6. 1992 nach Zahlung von Verzugszinsen den Beklagten ausdrücklich darauf hinweist, er möge berücksichtigen, daß der restliche Kaufpreis längere Zeit auf dem Notaranderkonto gelegen habe und die Guthabenzinsen ausschließlich an den Käufer zurückgeflossen seien. Da dieses Zurückfließen im Rahmen des beanspruchten Schadenersatzes nicht als rechtswidrig dargestellt wird, spricht diese „Bitte um Berücksichtigung“ dafür, daß das Zurückfließen der Habenzinsen vom Einverständnis des Klägers gedeckt war, d. h., daß er sich tatsächlich, wie vom Zeugen B. bestätigt, mit diesem entsprechend geeinigt hatte.

Schließlich kann auch nicht unberücksichtigt bleiben, daß der Kläger Zugriff auf die Habenzinsen erst zu nehmen gesucht hat, nachdem der Beklagte zuvor Forderungen der B.-Bank auf Ausgleich der bei ihr angefallenen Sollzinsen ebenso zurückgewiesen hatte wie die Forderung des Klägers auf Schadenersatz aus zögerlicher Abwicklung des Kaufvertrages/auf Verzugszinsen.

Entgegen der Auffassung der Klägerin unterlag diese nachträgliche Änderung des Grundstückskaufvertrages auch **nicht dem Beurkundungszwang nach § 313 BGB** mit der Folge möglicher Formnichtigkeit.

Der Beurkundungszwang gemäß § 313 BGB gilt nach herrschender Meinung für abändernde Vereinbarungen dann nicht mehr, **wenn bereits die Auflassung erklärt ist** (vgl. BGH NJW 1985, 266; Palandt/Heinrichs, 53. Aufl., § 313 Rdn. 44). Die Auflassung war bereits im notariellen Kaufvertrag, § 6, erklärt worden. Jedenfalls kommt ein Beurkundungszwang nicht mehr in Betracht, wenn das Eigentum bereits umgeschrieben ist, was hier – unstreitig – am 16. 12. 1991 erfolgte. Mithin war die vereinbarte Änderung der Hinterlegungsanweisung auch bei nur mündlicher Vereinbarung ohne weiteres wirksam.

Danach durfte der Beklagte in Kenntnis des zwischen den Kaufvertragsparteien geschlossenen

Vergleichs und der damit schlüssig getroffenen übereinstimmenden Änderung der Hinterlegungsanweisung den auf seinem Notaranderkonto verbliebenen Restbetrag einschließlich der angefallenen Habenzinsen an den Käufer zurückzuzahlen, ohne daß ihm insoweit eine Amtspflichtverletzung anzulasten und daraus eine Schadenersatzverpflichtung herzuleiten wäre.

Werbeverbot

- sachliche Informationswerbung
 - Anzeigen in der Tagespresse
- (OLG Nürnberg, Urt. v. 23. 2. 1995 - 3 U 263/95)

Leitsatz (d. Red.):

§ 57a StBerG legt fest, was als berufswidrige Werbung zu gelten hat.

Zur Stärkung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der steuerberatenden Berufe soll eine maßvolle Informationswerbung gestattet sein. Ein sachlicher Anlaß muß für eine Werbung nicht gegeben sein.

Aus den Gründen:

.....

II. Die zulässige Berufung des Antragstellers gegen das Endurteil des Landgerichts Nürnberg-Fürth v. 11. 1. 1995 hat in der Sache keinen Erfolg.

Das Erstgericht hat zu Recht die Beschlußverfügung v. 1. 12. 1994 aufgehoben und den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung abgewiesen. Ein Verfügungsanspruch des Antragstellers auf Unterlassung der angegriffenen Werbung durch die Antragsgegnerin gem. § 1 UWG besteht nicht, da sich die beanstandete Anzeige im Rahmen des neugeschaffenen § 57a SteuerberatungsgG hält und damit keine berufswidrige Werbung darstellt. Zur Vermeidung von Wiederholungen nimmt der Senat auf die zutreffenden Gründe in dem angefochtenen Ersturteil Bezug, denen er sich anschließt.

Der Antragsteller hält dem vergeblich entgegen, daß auch nach dem Inkrafttreten des 6. Gesetzes zur Änderung des Steuerberatungsgesetzes (BGB-I. I 1994, 1387) am 1. 7. 1994 Steuerberatern und Steuerberatergesellschaften (vgl. § 72 SteuerberatungsgG) Werbung in Zeitungsannoncen nur dann erlaubt sei, wenn dafür ein sachlicher Anlaß bestehe. Dies ergebe sich daraus, daß die Vorschriften der §§ 57 und 8 SteuerberatungsgG nicht geändert worden seien. Dem kann nicht zugestimmt werden. § 8 SteuerberatungsgG kann zur Auslegung von § 57a SteuerberatungsgG deshalb nicht herangezogen werden, weil letztere Vorschrift für Steuerberater und Steuerberatergesellschaften das allgemeine Werbeverbot konkretisiert und daher vorgeht. § 8 SteuerberatungsgG wird folgerichtig bei der Aufzählung der für Steuerberatergesellschaften sinngemäß anwendbaren Vorschriften in § 72 SteuerberatungsgG nicht genannt. Zum anderen führt die **Gesetzesbegründung zu § 57a** ausdrücklich aus: „Dementsprechend wird das **un- aufgeförderte Anbieten der eigenen Dienste oder der Dienste Dritter** zur geschäftsmäßigen Hilfeleistung in Steuersachen Steuerberatern und Steuerbevollmächtigten, aber auch Rechtsanwälten, Wirtschaftsprüfern und vereidigten Buchprüfern sowie Steuerberatungs-, Wirtschaftsprüfungs- und Buchprüfungsgesellschaften erlaubt, **soweit die Angaben berufsbezogen, sachlich richtig, objektiv nachprüfbar und nicht irreführend sind.**“ (Bundestagsdrucksache 12/6753, Seite 17)

Aus § 57 SteuerberatungsgG, der das allgemeine Verbot der berufswidrigen Werbung enthält und bislang durch die Standesrichtlinien für Steuerberater konkretisiert wurde, kann deshalb kein Argument für die Auffassung des Antragstellers hergeleitet werden, weil nun **§ 57a SteuerberatungsgG festlegt, was als berufswidrige Werbung zu gelten hat.** Nach Ziffer 34 der Standesrichtlinien waren Anzeigen in der Tagespresse in der Tat nur gestattet, wenn sie sachlich veranlaßt sind und sich in dem durch die Veranlassung bedingten Umfang halten. An einen solchen Anlaß knüpft das beanstandete Inserat der Antragsgegnerin unstreitig nicht an. Auf diese Bestimmung der Richtlinien kann aber nach Inkrafttreten des neuen § 57a Steuer-

beratungsG nicht mehr zurückgegriffen werden. Entsprechend der Gesetzesbegründung ist wichtiges Ziel der Novelle auch, die **Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der steuerberatenden Berufe durch eine maßvolle Auflockerung berufsrechtlicher Regulierungen zu stärken und dadurch die Chancen der Berufsangehörigen im Binnenmarkt zu erhöhen. Zur Verwirklichung dieses Zieles soll den Berufsangehörigen eine maßvolle Informationswerbung gestattet und dadurch der Freiraum für standesgerechte Werbung erweitert werden** (so wörtlich *Bundestagsdrucksache 12/6753, Seite 11*). Es soll ihnen deshalb, wie bereits ausgeführt, erlaubt sein, unaufgefordert eigene Dienste oder Dienste Dritter anzubieten, soweit die Angaben berufsbezogen, sachlich richtig, objektiv nachprüfbar und nicht irreführend sind. In der Gesetzesbegründung ist keine Rede davon, daß nach wie vor **ein sachlicher Anlaß** für eine solche Werbung gegeben sein muß. Das würde sich auch nicht mit dem Ziel der Gesetzesänderung vertragen, die Werbebefugnisse durch Deregulierung berufsrechtlicher Bestimmungen maßvoll zu erweitern. Eine Einschränkung des § 57a SteuerberatungsG ist auch nicht dahingehend zu machen, daß die Werbung eine informationswürdige Tatsache enthalten muß, wie der Antragsteller weiter meint. **Die Werbung darf sich vielmehr darauf beschränken, die eigenen Dienste durch eine sachliche Informationswerbung anzubieten.** Daß sich die beanstandete Anzeige der Antragsgegnerin in diesem Rahmen hält, ist zwischen den Parteien nicht strittig.

Fristenkontrolle

- mündliche Weisung
- Fristeneintrag
- zusätzliche Kontrolle
- Aktenvorlage

(BGH, Beschl. v. 22. 3. 1995 – VIII ZB 2/95)

Leitsätze:

1. Zur Sorgfaltspflicht des Rechtsanwaltes bei der Anweisung an eine Büroangestellte, die mündlich mitgeteilte und in seinem Beisein niedergeschriebene Berufungsfrist nebst Vorfrist im Fristenkalender einzutragen.

2. Über das allgemein gebotene Maß hinausgehende Maßnahmen eines Rechtsanwalts bei der Fristenkontrolle führen nicht zur Verschärfung seiner Sorgfaltspflicht.

Aus den Gründen:

I. Das Landgericht hat die Klage teilweise abgewiesen. Das Urteil wurde dem Kläger am 7.10.1994 zugestellt. Am 18.11.1994 legte er Berufung ein und beantragte gegen die Versäumung der Berufungsfrist Wiedereinsetzung in den vorigen Stand. Zur Begründung des Wiedereinsetzungsantrages hat er unter Glaubhaftmachung vorgetragen, sein erstinstanzlicher Prozeßbevollmächtigter habe am 3.11.1994 den Berufungsvorgang seinem zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten persönlich mit dem Auftrag übergeben, Berufung einzulegen, soweit die Klage abgewiesen worden sei. Sein zweitinstanzlicher Anwalt habe anschließend den Vorgang seiner erfahrenen und bis dahin stets sorgfältig arbeitenden Büroangestellten mit der Sofort-Anweisung ausgehändigt, eine Akte anzulegen, im Fristenkalender die Berufungsfrist auf den 7.11.1994 mit Vorfrist für den 4.11.1994 zu notieren und ihm anschließend die Akte mit Ausführungsbestätigung sofort wieder vorzulegen. Diese Anweisung habe die Angestellte noch im Beisein des Anwaltes auf dem Auftragsschreiben des erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten notiert. Anschließend habe sie auch die Akte angelegt, versehentlich aber die Eintragung der Frist und die sofortige Wiedervorlage der Akte versäumt. Erst am 8.11.1994 sei sie im Zuge allgemeiner Bearbeitung der in ihrem Arbeitszimmer liegenden Akten auf die Akte in der vorliegenden Sache gestoßen und habe dem zuständigen Anwalt sofort ihr Versehen mitgeteilt.

II. Das Berufungsgericht hat die Wiedereinsetzung versagt und zur Begründung ausgeführt, die Versäumung der Berufungsfrist beruhe auch auf einem Verschulden des zweitinstanzlichen Anwalts des Klägers, das sich dieser nach § 85 Abs. 2 ZPO zurechnen lassen müsse. Das Verschulden des Anwalts liege schon darin, daß ihm die Nichtausführung seiner Anweisung nicht aufgefallen sei. Da die angeordnete Anlegung der Akte nebst Fristnotierung und Wiedervorlage des Vorganges „sofort“ auszuführen gewesen seien, hätte der Anwalt die Vorlage des neuen Vorganges bereits nach wenigen Minuten erwarten dürfen. Da dies nicht geschah, hätten sich ihm Zweifel an der Ausführung seiner Weisung aufdrängen müssen, denen er unverzüglich hätte nachgehen müssen.

Ferner sieht das Berufungsgericht ein Organisationsverschulden des zweitinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten in dem Unterbleiben zusätzlicher Sicherungsmaßnahmen dafür, daß die seiner Angestellten nur mündlich mitgeteilte Berufungsfrist auch richtig notiert werde. Die typischen Gefahren bei einer nicht schriftlich, sondern lediglich mündlich mitgeteilten Frist – z.B. durch Hörfehler, Vergessen oder spätere Verwechslung mit einer anderen Sache (vgl. BGH, Beschlüsse v. 9.6.1994 – I ZB 5/94 = GI 94, 365 = NJW 1994, 2831 unter 3c, v. 10.10.1991 – VII ZB 4/91 = NJW 1992, 574, v. 7.7.1971 – VIII ZB 20/71 = VersR 1971, 961, 962 und v. 17.1.1962 – IV ZB 398/61 = VersR 1962, 326) – bestünden auch dann, wenn, wie hier, die Angestellte die mündliche Weisung und Fristmitteilung des Anwalts in dessen Beisein schriftlich notiere.

Ein weiterer Mangel der Büroorganisation liege schließlich in unterlassenen Vorkehrungen dagegen, daß eine Akte – wie hier geschehen – sechs Tage lang unbearbeitet im Arbeitszimmer einer Mitarbeiterin liegen bleiben könne, ohne daß dies bemerkt werde.

III. Die dagegen gerichtete sofortige Beschwerde hat Erfolg.

1. Ob der zweitinstanzliche Prozeßbevollmächtigte des Klägers sich damit begnügen konnte,

daß seine Angestellte die ihr mündlich mitgeteilte Berufungsfrist nebst Vorfrist in seinem Beisein auf dem Auftragsschreiben des erstinstanzlichen Anwalts notierte (zur anwaltlichen Sorgfaltspflicht bei der nur mündlichen Mitteilung von Rechtsmittelfristen an das Büropersonal vgl. die vorerwähnten Beschlüsse), bedarf keiner Entscheidung. Denn eine darin etwa liegende Sorgfaltsverletzung des Anwalts ist für die Fristversäumung nicht ursächlich geworden. Wie bereits in dem Wiedereinsetzungsgesuch vorgetragen und im Beschwerdeverfahren durch Vorlage einer Fotokopie der handschriftlichen Notiz der Büroangestellten in zulässiger Weise erläutert, hat die Angestellte die ihr mündlich mitgeteilte Frist und die Vorfrist zutreffend schriftlich notiert. Der zur Fristwahrung führende **Fehler** lag vielmehr darin, **daß die Angestellte es entgegen der klaren Anweisung des Anwalts versäumte, die ihr mündlich mitgeteilte und von ihr auch korrekt schriftlich notierte Berufungsfrist nebst Vorfrist im Fristenkalender einzutragen.** Dies stellt ein typisches Büroversehen dar, welches nicht zu Lasten des Anwalts gehen kann. Denn der Rechtsanwalt darf sich darauf verlassen, daß sein **zuverlässiges und regelmäßig überwachtes Büropersonal eindeutige und, soweit erforderlich, schriftlich niedergelegte Anweisungen auch befolgt** (st. Rspr., z.B. BGH, Beschlüsse v. 10.10.1991 – VII ZB 4/91 = NJW 1992, 574 v. 11.2.1992 – VI ZB 2/92 = NJW 1992, 1632 und v. 5.2.1992 – XII ZB 92/91 = NJW 1992, 2488, 2489).

2. Dahinstehen kann ferner, ob der Auffassung des Berufungsgerichts gefolgt werden kann, daß der zweitinstanzliche Anwalt aufgrund der von ihm erteilten „Sofort“-Anweisung die Vorlage des Berufungsvorganges schon nach wenigen Minuten hätte erwarten können, und daß ihm, als dies nicht geschah, Zweifel an der Ausführung seiner Anweisung hätten kommen müssen. Konnte sich nämlich der Anwalt, wie ausgeführt, auf die Ausführung seiner Anweisung verlassen, dann stellte sich die zusätzliche – nach dem Vortrag des Klägers allgemeiner Übung im Büro seines zweitinstanzlichen Anwalts entsprechende – Anweisung, den Vorgang „sofort“, also noch vor Eintritt der angeordneten Vorfrist, wieder vorzulegen, als zusätzliche,

das gebotene Maß an Sorgfalt übersteigende weitere Sicherungsmaßnahme für die Einhaltung der Berufungsfrist dar. Derartige, nach Sachlage an sich nicht gebotene Maßnahmen führen aber nicht zur Verschärfung der anwaltlichen Sorgfaltspflichten. **Ein etwaiger Pflichtverstoß im Bereich dieser zusätzlichen Kontrollebene kann dem Anwalt daher nicht vorgehalten werden.** Denn er darf nicht schlechter gestellt werden, als wenn er neben der ausreichenden Fristenkontrolle überhaupt keine zusätzlichen Überwachungsmaßnahmen vorgesehen hätte (BGH, Beschlüsse v. 20. 6. 1991 – VII ZB 18/90 = GI 92, 76 = NJW 1991, 3035, 3036 und vom 19. 1. 1991 – VII ZR 155/91 = NJW 1992, 1047 unter II).

3. Ein **Organisationsverschulden** ist schließlich auch nicht darin zu sehen, daß die unterbliebene Bearbeitung der Akte im Büro des zweitinstanzlichen Anwalts mehrere Tage lang nicht bemerkt wurde. Erforderliche und zumutbare Maßnahmen, durch welche dies hätte verhindert werden können, nennt das Berufungsgericht nicht, solche sind auch nicht ersichtlich. Wie bereits ausgeführt, durfte sich der zweitinstanzliche Anwalt des Klägers darauf verlassen, daß seine Anweisung korrekt ausgeführt wurde. Er konnte auch davon ausgehen, daß im Rahmen der üblichen Büroorganisation die Akten fristgerecht und ordnungsgemäß vorgelegt und bearbeitet wurden. **Eine tägliche oder auch nur im Abstand von wenigen Tagen erfolgende Überprüfung sämtlicher im Büro eines Rechtsanwalts vorhandener Akten auf etwaige Fehler oder Unterlassungen bei der Bearbeitung übersteigt die anwaltliche Sorgfaltspflicht.**

Treuhänder

- Prospekthaftung?
 - Mittelverwendungskontrolleur
 - Verjährung
- (BGH, Urt. v. 1. 12. 1994 – III ZR 93/93 – NJW 1995, 1025)

Leitsätze:

1. Wegen falscher oder unvollständiger Prospektangaben haften nur diejenigen Personen, die für die Geschicke des Unternehmens und damit für die Herausgabe des Prospekts verantwortlich sind.

2. Zu den Prospektverantwortlichen zählen neben den Initiatoren, Gründern und Gestaltern der Gesellschaft – soweit sie das Management bilden oder beherrschen – auch die Personen, die hinter der Gesellschaft stehen und neben der Geschäftsleitung besonderen Einfluß ausüben.

3. Die Prospektverantwortlichkeit trifft auch diejenigen Personen, die aufgrund ihrer besonderen beruflichen und wirtschaftlichen Stellung oder aufgrund ihrer Fachkunde eine Garantenstellung einnehmen, sofern sie durch ihr nach außen in Erscheinung tretendes Mitwirken am Emissionsprospekt einen Vertrauenstatbestand schaffen.

4. Der im Emissionsprospekt namentlich als Treuhänder benannte Rechtsanwalt, der den Prospektangaben gemäß in Erfüllung seiner Treuhandpflichten lediglich die Verfügungen über das Anlegerkonto beständig und gewissenhaft zu überwachen hat, ist nicht Prospektverantwortlicher.

5. Zur Frage der Erfüllung der Darlegungspflicht im Zivilverfahren durch die Bezugnahme auf eine strafgerichtliche Entscheidung und zur Frage der Haftung des Treuhänders aufgrund des Treuhandvertrages für grobe Verstöße des Anlagenunternehmens dessen sich aus dem Prospekt ergebende vertragliche und gesetzliche Pflichten.

Zum Sachverhalt:

1363 Mitglieder des Klägers, deren Ansprüche er aus abgetretenem Recht geltend macht, hatten der Firma I. mit Sitz in C., bis zum Monat August 1988 Geldbeträge in verschiedener Höhe zur Verfügung gestellt. Die I. sollte diese Gelder im Fonds IV, dem sog. Spekulationsfonds, anlegen und zum Handel mit Devisen- und Warenterminkontrakten verwenden. Die genannten Mitglieder des Klägers, die sich an dem Fonds IV beteiligt hatten, errechnen sich aus ihrer Anlage einen Schaden in Höhe von insgesamt 3.289.447,69 DM. Mit der Klage verlangt der Kläger von dem Beklagten, seinerzeit Rechtsanwalt, der bei den Anlagegeschäften als Treuhänder eingeschaltet war, Zahlung eines Teilbetrages von 2 Mio. DM.

Das LG hat die Klage abgewiesen. Die hiergegen eingelegte Berufung hat das BerGer. zurückgewiesen. Die Revision des Klägers hatte Erfolg und führte zur Aufhebung des Berufungsurteils und zur Zurückverweisung der Sache an das BerGer.

Aus den Gründen:

I. Das BerGer. hat allerdings zu Recht eine Haftung des Beklagten für unrichtige oder unvollständige Angaben in dem Prospekt der I. verneint.

1. Die Rechtsprechung hat ihre zur Prospekthaftung bei der Beteiligung an **Publikumskommanditgesellschaften** entwickelten Grundsätze (vgl. BGHZ 71, 284 = NJW 1979, 1625; BGHZ 72, 382 = NJW 1979, 718 = LM § 161 HGB Nr. 53; BGHZ 79, 337 = NJW 1981, 1449) auf Bauherren- oder Erwerbermodelle übertragen (BGHZ 111, 314 = GI 90, 221 = NJW 1990, 2461 = LM § 276 [Fa] BGB Nr. 111; vgl. BGH, NJW-RR 1992, 879 = LM H. 8/1992 § 276 [Cc] BGB Nr. 30 = WM 1992, 901 m.w.Nachw.) und wendet sie auch auf **Anlagemodelle**, die Elemente der reinen Kapitalbeteiligung und des konventionellen Bauherrenmodells vereinigen (BGHZ 115, 213 = GI 92, 29 = NJW 1992, 228 = LM H. 3/1992 § 276 [Fa] BGB Nr. 120), sowie auf den **Erwerb von Aktien** außerhalb der geregelten Aktienmärkte an (BGHZ 123, 106 = NJW 1993, 2865 = LM H. 1/1994 § 276 [Fa] BGB Nr. 133). Das BerGer. lehnt eine Heranziehung des Instituts der Prospekthaftung für **Geldanlagen** im Devisen- und Warentermingeschäft ab mit der Begründung, ein praktisches Bedürfnis sei hierfür nicht gegeben (*i. E. ebenso:*

BGH, NJW 1981, 2810 = LM § 276 [Ci] BGB Nr. 36). Ob die Rüge der Revision durchgreift, die Interessenlage bei der Vermittlung von Devisen- und Warenterminkontrakten erfordere es, die Grundsätze der Prospekthaftung auch auf diesen Bereich zu erstrecken, braucht nicht entschieden zu werden. Der Beklagte gehört jedenfalls nicht zu dem Personenkreis, der für Mängel des Prospekts einzustehen hätte.

2. Wegen falscher oder unvollständiger Prospektangaben haften die Personen, die für die Geschicke des Unternehmens und damit für die Herausgabe des Prospekts verantwortlich sind. Dazu zählen die **Initiatoren, Gründer und Gestalter der Gesellschaft**, soweit sie das **Management bilden oder beherrschen**. Darüber hinaus hatten aber auch die Personen, die hinter der Gesellschaft stehen und neben der Geschäftsleitung **besonderen Einfluß** ausüben und deshalb **Mitverantwortung tragen** (BGHZ 115, 213 [217, 218 GI 92, 29 = NJW 1992, 228 = LM H. 3/1992 § 276 [Fa] BGB Nr. 120). Die Berechtigung, diesen Personenkreis in Anspruch zu nehmen, gründet sich allgemein auf das Vertrauen, das ihm von Anlegern typischerweise entgegengebracht wird. Anknüpfungspunkt ist dabei sein **Einfluß auf die Gesellschaft bei der Initiierung des Projekts** (BGHZ 115, 213 [227] GI 92, 29 = NJW 1992, 228 = LM H. 3/1992 § 276 [Fa] BGB Nr. 120). Eine solche Stellung innerhalb der Firma I. hatte der Beklagte nach den bisher getroffenen Feststellungen nicht inne. Auch das revisionsrechtlich als wahr zu unterstellende Vorbringen des Klägers, der Beklagte habe an der Gestaltung des Prospekts mitgewirkt bzw. die Firma I. hierbei beraten, ist zu allgemein und reicht nicht aus, um ihn als einen für den Prospekt Mitverantwortlichen darzustellen. Den Behauptungen des Klägers ist nichts dafür zu entnehmen, daß der Beklagte, der nicht zu den Initiatoren der Gesellschaft oder zu ihrer Geschäftsleitung gehörte, einen **besonderen Einfluß in der Gesellschaft** ausübte. **Weder kann er als einer ihrer Hintermänner angesehen werden noch war er ganz maßgeblich an der Konzeption des Projekts beteiligt** (vgl. BGHZ 115, 213 [219] GI 92, 29 = NJW 1992, 228 = LM H. 3/1992 § 276 [Fa] BGB Nr. 120). Auch eine gewichtige **Einflußnahme** des Beklagten auf den **Inhalt des Prospekts** ist nicht hinreichend dargetan. Eine Prospektverantwortlichkeit trifft allerdings auch diejenigen, die aufgrund ihrer besonderen beruflichen und wirtschaftlichen Stellung oder aufgrund ihrer Fachkunde

eine Garantenstellung einnehmen, sofern sie durch ihr nach außen in Erscheinung tretendes Mitwirken am Emissionsprospekt einen Vertrauenstatbestand schaffen (BGH, NJW-RR 1992, 879 = LM H. 9/1992 § 276 [Cc] BGB Nr. 30 m.w.Nachw.) Diese Voraussetzungen sind hier jedoch nicht gegeben. Der Beklagte ist **in dem Prospekt zwar namentlich als Treuhänder** genannt, der als unabhängiges Organ der Rechtspflege die Verwendung der angelegten Gelder kontrollierte. Damit hat er aber **weder vertrauensbegründende Erklärungen bezüglich des Projekts abgegeben noch ist hierdurch eine Mitwirkung an der Prospektgestaltung nach außen hervorgetreten. In dem Prospekt wird lediglich damit geworben, daß er seine Treuhandpflichten erfüllt, die Verfügungen der Firma I. in bezug auf das Konto des Anlegers beständig und gewissenhaft zu überwachen** (vgl. Assmann, Hdb. d. KapitalanlageR, § 7 Rdnr. 59; Thode, Haftung für Prospektangaben, 6. Aufl. Rdnr. 67).

Wenn der Beklagte der Firma I. in einem Schreiben vom 6.10.1988 Änderungsvorschläge für einen neuen Prospekt unterbreitet hat, ist dies für eine Prospekthaftung gegenüber den Mitgliedern des Klägers schon deshalb ohne Bedeutung, weil diese sämtlich der Firma ihre Gelder bis zum August 1988 zur Verfügung gestellt hatten.

Soweit das BerGer. dem Kläger vertragliche oder vorvertragliche Ansprüche versagt hat, hält das Berufungsurteil jedoch den Rügen der Revision nicht stand.

1. Das BerGer. ist rechtsfehlerfrei davon ausgegangen, daß der Beklagte am 28.12.1987 mit der Firma I. zugunsten künftiger Anleger (§ 328 BGB) einen Treuhandvertrag geschlossen hat. Das BerGer. hat weiter ausgeführt, mit seinem an die jeweiligen Anleger gerichteten Anschreiben habe der Beklagte diesen ein **Angebot auf Abschluß eines unmittelbaren Treuhandvertrages unterbreitet**, dessen Annahme nicht ausdrücklich habe erklärt werden müssen (§ 151 BGB). Diese Erwägungen sind aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden. Hieraus folgert das BerGer. zu Recht, daß der Beklagte für Pflichtverletzungen bis zum Zeitpunkt des Abschlusses der unmittelbaren Verträge mit den jeweiligen Anlegern aus positiver Vertragsverletzung des Vertrages mit der Firma IPC und eventuell aus culpa in contrahendo im Hinblick auf den abzuschließenden unmittelbaren Treuhandvertrag haftet, für den Zeitraum danach aus positiver Forderungsverletzung.

2. Das BerGer. entnimmt den Vertragsverhältnissen die Verpflichtung des Beklagten, von der Überwachung der Verwendung der angelegten Mittel abgesehen den jeweiligen Anleger unmittelbar vor oder bei Übersendung der einzelnen schriftlichen Treuhanderklärung auf die typischen Gefahren der beabsichtigten Anlage sowie auf regelwidrige Umstände hinzuweisen, die ihm positiv bekannt waren oder bei gehöriger Prüfung hätten bekannt sein können.

Diese den Senat grundsätzlich bindende tatrichterliche Auslegung ist aus Rechtsgründen nicht zu beanstanden. Damit ist dem Beklagten zum einen eine Verantwortlichkeit für die vertragsgemäße Verwendung der von dem einzelnen Anleger eingezahlten Beträge auferlegt (**Mittelverwendungskontrolle**). Schon in dem Prospekt wird es als Aufgabe des Beklagten dargestellt, daß er für alle I.-Kapitalanlagen eine „permanente gewissenhafte Kontrolle“ übernimmt. Dies ergibt sich auch aus § 2 und § 3 II des Treuhandvertrages und aus dem Anschreiben, mit dem der Beklagte jeweils in unmittelbare Rechtsbeziehungen zu den einzelnen Anlegern getreten ist. Aber auch soweit das BerGer. den vertraglichen Erklärungen des Beklagten entnommen hat, daß ihm darüber hinaus eine **Aufklärung bezüglich des Anlagerisikos** und bezüglich solcher Umstände obliegt, die den Vertragszweck, für ihn erkennbar, gefährden könnten (vgl. OLG Stuttgart, WM 1987, 1260), ist das Berufungsurteil frei von Rechtsfehlern. Diese Erwägungen werden durch § 2 des Treuhandvertrages gestützt, worin sich der Beklagte zu der Anlage selbst äußert, und sind auch allgemein durch seine Treuhanderstellung gerechtfertigt.

3. Das BerGer. lehnt die Ansprüche sämtlicher Anleger, die der Kläger aus abgetretenem Recht verfolgt, mit der Begründung ab, mit seinem Hinweis auf die Feststellungen in dem Strafurteil des LG Koblenz v. 4. 3. 1991 habe der Kläger seiner Darlegungslast dafür, daß sich der Beklagte bis zu seiner Verhaftung am 29. 6. 1989 ihnen gegenüber pflichtwidrig verhalten habe, nicht genügt. Die hiergegen erhobenen Rügen der Revision (§ 286 ZPO) greifen durch. Zwar geht das BerGer. zutreffend davon aus, daß die Straftaten des Beklagten, die seiner Verurteilung durch das LG Koblenz zugrunde lagen, mit den hier zu beurteilenden Vorgängen nicht unmittelbar etwas zu tun haben. Der Beklagte wurde aufgrund anderer Vorfälle im Rahmen seiner Tätigkeit bei der Firma I. wegen

Beihilfe zur Untreue in zwei Fällen, begangen im Januar und April 1989, verurteilt. Entgegen der Annahme des BerGer. hat der Kläger aber durch seine Bezugnahme auf die Feststellungen des Strafurteils zu den Vorgängen bei der Firma I. ausreichende Tatsachen vorgetragen, aus denen sich ergibt, daß der Beklagte die ihm aus dem Treuhandvertrag obliegenden Pflichten verletzt hat.

a) Wie das BerGer. zutreffend ausführt, hat sich der Zivilrichter allerdings seine Überzeugung selbst zu bilden und ist er regelmäßig nicht an die **Tatsachenfeststellungen eines Strafurteils** gebunden, wenn er auch u. U. hierauf seine Überzeugung stützen kann (BGH, NJW-RR 1988, 1527). Hier geht es aber nicht um einen durch das Strafurteil zu führenden Beweis, sondern um die Frage, ob die Partei eines Zivilprozesses ihrem Vorbringen die Darstellung in einem Strafurteil zugrunde legen darf. Dagegen bestehen keine Bedenken. Die Revision weist auch zu Recht darauf hin, daß der Kläger die Feststellungen des Strafurteils zu den Unregelmäßigkeiten, die die für die Geschäfte der I.-Verantwortlichen begangen haben sollen und deren Nichtaufdeckung er dem Beklagten als Pflichtverletzung anlastet, nochmals selbst ausdrücklich vorgetragen und nicht nur durch Bezugnahme zum Gegenstand seines Vorbringens gemacht hat. Darauf, ob eine bloße Bezugnahme auf die Tatsachenfeststellungen des Strafurteils dem Erfordernis eines anwaltlichen Vortrags genügt hätte, kommt es daher nicht an. Auch der Umstand, daß das Urteil möglicherweise das Ergebnis eines „deals“ dargestellt hat, könnte allenfalls eine Einschränkung seiner Beweiskraft zur Folge haben. Für die Erfüllung der Darlegungslast ist dies aber ohne Bedeutung.

b) Die Feststellungen in dem Strafurteil genügen aber, um unter Zugrundelegung des von dem BerGer. angenommenen Pflichtenkreises des Beklagten den Schluß auf sein Fehlverhalten zuzulassen. Nach der Darstellung in dem Strafurteil, die revisionsrechtlich als zutreffend zu unterstellen ist, hatte die Firma I. von Anfang an kein Anlagekonzept und ruhten die Gelder zum überwiegenden Teil zunächst unangelegt auf den Firmenkonten, während fingierte Renditen aus den Einzahlungen anderer Kunden erbracht wurden. Ferner ist davon auszugehen, daß die Firma I. keine ordnungsgemäße Buchführung gehabt, die die Kontrolle der Verwendung der Kundengelder ermöglicht hätte, und daß sie es unterließ, den Verbleib der Kundengelder, ggf. ihre Anlage und die Erzielung von

Gewinnen und Verlusten zu dokumentieren. Bei Einleitung der ihm obliegenden Verpflichtungen hätten dem Beklagten die Mängel in dem Konzept der Firma I. und die fehlerhafte Verwaltung der Gelder zur Kenntnis gelangen, und er hätte die Anleger hierauf aufmerksam machen müssen.

Schon in dem Prospekt heißt es, für alle Fonds sei gewährleistet, daß die Gelder der Kapitalanleger „von der Investition bis zur Renditeauszahlung und Kapitalrückführung durch ein unabhängiges Organ der Rechtspflege einer ständigen Überwachung“ unterlägen. In seinem an die einzelnen Anleger gerichteten Anschreiben führt der Beklagte zu der Beteiligung an dem Fonds IV u. a. aus: „Hinsichtlich des Kontos ist I. verfassungsberechtigt. Sämtliche Kontoauszüge gehen mir aber zu, I. ist verpflichtet, hinsichtlich sämtlicher Verfügungen mir Rechnung zu legen und die Verwendung laufend nachzuweisen. Die Überwachung der Verfügungen von I. sichere ich Ihnen als Treuhänder zu. Dies gilt selbstverständlich auch hinsichtlich des zurückfließenden Kapitals bzw. der zurückfließenden Rendite.“ Hätte der Beklagte, wie versprochen, die eventuellen Kontenbewegungen verfolgt, von der Firma I. die Einsicht in sämtliche Unterlagen verlangt und wäre er dem Verbleib der Gelder nachgegangen, hätte ihm das Fehlverhalten der Firma I. auffallen müssen. Ihm hätte auch nicht entgehen dürfen, daß bei der Firma nicht, wie in dem Prospekt dargestellt, versierte Profis tätig waren, sondern daß der Gesellschaft als Präsident ein mit dem Anlagegeschäft nicht vertrauter Elektroinstallateur vorstand.

c) Wenn das BerGer. eine Zuordnung der Pflichtverletzungen zu der jeweiligen Geldanlage des einzelnen Zedenten vermißt, läßt es unberücksichtigt, daß nach den Feststellungen des Strafurteils, die der Kläger zum Inhalt seines Vortrages gemacht hat, die **Mängel in dem Anlagesystem** der Firma I. **vom Zeitpunkt ihrer Gründung an (Ende Dezember 1986) bestanden haben**. Sie betrafen auch nicht lediglich einzelne Geschäftsvorfälle, sondern die Organisation der I. als solche und ihr Geschäftsgebaren als Ganzes. Die Firma I. legte danach von den bis Oktober 1988 eingegangenen 20 Mio. DM Kundengeldern nur wenige Mio. DM an, ließ das Kapital im übrigen mangels Vorhandensein eines Anlagekonzepts weitgehend auf verschiedenen Konten ungenutzt ruhen, **zahlte Scheingewinne aus** und unterhielt **keine ordnungsgemäße Buchführung**. Diese Unregel-

mäßigkeiten, die bei sorgfältiger Pflichterfüllung zur Kenntnis des Beklagten hätten gelangen müssen, betrafen die Anlagen sämtlicher Mitglieder des Klägers, da diese der Firma I. bis August 1988 ihre Gelder zur Verfügung gestellt hatte.

4. Dem Beklagten waren von der Firma I. vertraglich die Befugnisse eingeräumt worden, die es ihm ermöglicht hätten, die versprochene umfassende Überwachung vorzunehmen. (*Wird ausgeführt.*)

5. Nach dem im Revisionsverfahren zugrunde zu legenden Vorbringen des Klägers kann eine Ursächlichkeit der Pflichtverletzungen des Beklagten für den seinen, des Klägers, Mitgliedern entstandenen Schaden nicht verneint werden.

a) **Der Beklagte hätte, da die Unzulänglichkeiten in dem Geschäftsbetrieb der Firma I. von Anfang an vorlagen und für ihn erkennbar waren, die Anleger vor einem Vertragsabschluß mit der Firma I. warnen müssen.** Was die Entscheidung der Anleger im Falle ordnungsgemäßer Aufklärung anbetrifft, verweist die Revision zutreffend auf den Sachvortrag des Klägers, seine Mitglieder hätten keine Beteiligung an dem Fonds IV erworben, wenn der Beklagte sie rechtzeitig von den bei der I. bestehenden Unregelmäßigkeiten unterrichtet hätte. Darauf, daß u.U. zugunsten der Anleger eine Vermutung „aufklärungsrichtigen“ Verhaltens streiten könnte (vgl. BGHZ 124, 151 = NJW 1994, 512 = LMH. 5/1994 § 276 [Fb] BGB Nr. 71 m.w.Nachw.; eingeschränkt für Verträge mit rechtlichen Beratern: BGHZ 123, 311 = GI 94, 3 = NJW 1993, 3259 = LMH. 1/1994 § 249 [Ba] BGB Nr. 33; VersR 1994, 1231, für BGHZ vorgesehen), kommt es – legt man das Klägervorbringen als zutreffend zugrunde – nicht mehr an. Nicht erforderlich ist es, daß die Anleger ihre Gelder gerade durch die betreffenden Unregelmäßigkeiten im Geschäftsbetrieb der Firma I. verloren haben. **Bei einem Aufklärungsmangel, der für seinen Anlageentschluß ursächlich war, kann der Anleger auch dann Rückgängigmachung seiner Beteiligung verlangen, wenn sich die Investitionsentscheidung später aus anderen Gründen, die mit diesem Mangel nichts zu tun haben, als nachteilig erwiesen hat** (BGHZ 123, 106 = NJW 1993, 2865 = LMH. 1/1994 § 276 [Fa] BGB; vgl. auch BGH, NJW 1992, 2560 [2561] = LMH. 1/1992 § 242 [Cd] BGB Nr. 321). Der in seinem Vertrauen enttäuschte Anleger ist so zu stellen, wie er stehen würde, wenn der Beklagte seiner Aufklärungspflicht nachgekommen wäre. Da die Mitglie-

der des Klägers, wie revisionsrechtlich zu unterstellen ist, in diesem Falle ihr Geld nicht bei der Firma I. angelegt hätten, besteht der ihnen zu ersetzende Schaden – abzgl. eventueller Rückzahlungen – in dem Betrag, den sie der Firma I. zur Verfügung gestellt haben.

b) Die Ursächlichkeit der Pflichtverletzungen des Beklagten kann nicht mit der Begründung verneint werden, **die Anlageentscheidung sei jeweils schon gefallen gewesen** und der Vertrag mit der Firma I. bereits zustande gekommen, bevor der Beklagte dem Anleger gegenüber mit seinem Anschreiben in Erscheinung getreten sei. Da den Beklagten als Treuhänder, wie von dem BerGer. rechtsfehlerfrei festgestellt worden ist, **vorvertragliche Aufklärungspflichten** trafen, mußte er die künftigen Treugeber bereits vor Abschluß des unmittelbaren Treuhandvertrages aufklären und durfte nicht durch sein Anschreiben weiteres Vertrauen erwecken. Nach § 2 des Treuhandvertrages mit der Firma I. überließ ihm die Firma, bevor sie die Kundenanträge annahm, ein Vertragsexemplar. Wäre der Beklagte seinen Treuhandpflichten nachgekommen, hätte er durch rechtzeitige Aufklärung die Vertragsschlüsse verhindern können. **Hätte er eine Warnung der Anleger als unzumutbar empfunden, hätte er die Übernahme der Treuhänderstellung ablehnen müssen** (vgl. für Gesellschaftsbeteiligungen: BGHZ 84, 141 [145] = NJW 1982, 2493 = LM § 276 [Fa] BGB Nr. 77; Assmann, § 23 Rdnr. 130, § 6 Rdnr. 175). Für den Beklagten bestand darüber hinaus die Möglichkeit, nach § 2 III des Treuhandvertrages mit der Firma I. den Vertragsabschlüssen mit den Anlegern zu widersprechen. Hierzu war er bei den vorliegenden Gegebenheiten im Verhältnis zu den Anlegern verpflichtet. Wäre der Vertrag entgegen § 2 des Treuhandvertrages bereits abgeschlossen gewesen, hätte er ihn nach Rücksprache mit den Anlegern fristlos kündigen müssen (vgl. § 2 letzter Abs.). Durch all diese Maßnahmen wäre der Schaden der Anleger abgewendet worden.

III. Das Urteil stellt sich nicht aus anderen Gründen als richtig dar (§ 563 ZPO).

1. Das BerGer. hat die Aktivlegitimation des Klägers zu Recht bejaht. Es führt zutreffend aus, daß die **Abtretungsvereinbarungen** nicht wegen Verstoßes gegen Art. 1 § 1 I RBerG unwirksam sind (§ 124 BGB). Einer Erlaubnis bedarf nur das geschäftsmäßige Tätigwerden, das dann nicht

gegeben ist, wenn nur ausnahmsweise aus besonderen Gründen eine Forderungseinziehung auf fremde Rechnung vorgenommen wird. Die nach Umfang und Gegenstand von vornherein begrenzte, nur den Belangen einer vielleicht unbestimmten, aber bestimmbar Vielzahl von Personen dienende Inkassotätigkeit ist daher nicht nach Art. 1 §1 I RBerG erlaubnispflichtig (BGH, LM §1 RechtsberatG Nr. 38 = DB 1985, 1938; vgl. auch für die Klage eines Inkassoinstituts bei geschäftsmäßigem Erwerb von Forderungen: BGH, NJW 1994, 997 [1998] = LM H. 5/1994 §276 [Fb] BGB Nr. 72).

2. Die von dem Beklagten erhobene **Einrede der Verjährung** ist nicht begründet. Die Verjährungsfrist war für die sämtlichen Ansprüche der betroffenen Mitglieder des Klägers, die ihre Anlage im Jahre 1988 bis August 1988 getätigt haben, bis zur Klageerhebung noch nicht abgelaufen. Die Verjährungsfrist beträgt **30 Jahre**. Dem Beklagten kommt die dreijährige Verjährungsfrist des § 51 BRAO nicht zugute. Die Anwendung des anwaltlichen Berufsrechts und damit des § 51 BRAO auf eine von dem Rechtsanwalt ausgeübte Tätigkeit setzt voraus, daß sie auch eine **Rechtsberatung zum Gegenstand hat** (BGH, LM § 51 BRAO Nr. 1; BGHZ 120, 157 [159] = GI 93, 90 = NJW 1993, 199 = LM H. 3/1993 § 51 BRAO Nr. 19). Dieses Erfordernis ist bei einer Treuhand-tätigkeit des Rechtsanwalts dann vorhanden, **wenn es zu seinen Aufgaben gehört, den Anleger in den mit der Beteiligung und deren Verwaltung auftretenden Rechtsfragen zu beraten** (BGHZ 120, 157 = GI 93, 90 = NJW 1993, 199 = LM H. 3/1993 § 51 BRAO Nr. 19 für die treuhänderische Verwaltung einer steuersparenden Anlagebeteiligung). Eine derartige Beratungsaufgabe hat der Beklagte nicht übernommen. Nach der von dem BerGer. rechtsfehlerfrei getroffenen Auslegung oblag dem Beklagten neben der Überwachung der Verwendung der Gelder noch die Verpflichtung, die Anleger auf die typischen wirtschaftlichen Risiken der Anlage und auf regelwidrige Umstände bei der Abwicklung der Geschäftstätigkeit durch die Firma I. hinzuweisen. **Damit trafen ihn Überwachungs- und Aufklärungspflichten, nicht aber die Verpflichtung zu einer Beratung der Anleger auf zivilrechtlichem und steuerrechtlichem Gebiet.** Auf die Frage, ob sich der Beklagte auf den Ablauf der dreijährigen Frist des § 51 BRAO berufen könnte oder ob er hieran gehindert wäre, weil er den Vertragspartner nicht über sein Fehlverhalten

aufgeklärt und damit eine erneute Pflichtverletzung begangen hätte (sog. *Sekundäranspruch*; BGHZ 94, 380 [385 f.] = GI 32/85 = NJW 1985, 2250 = LM § 51 BRAO Nr. 8; BGH, NJW 1993, 199 [200] = LM H. 3/1993 § 51 BRAO Nr. 19, insoweit in BGHZ 120, 157 nicht abgedruckt), kommt es nicht mehr an.

GI Hinweise

1. Der Dr. Otto Schmidt Verlag legt die Dissertation von Arteaga, **Insolvenzschutz der betrieblichen Altersversorgung mitarbeitender Gesellschafter** in der Schriftenreihe „Rechtsfragen der Wirtschaft“ vor. Die Arbeit ist ein gelungener Warnhinweis im Hinblick auf die Insolvenz-sicherung. (Dr. Marco S. Arteaga, Insolvenzschutz der betrieblichen Altersversorgung mitarbeitender Gesellschafter, Dr. Otto Schmidt KG, Köln 1995, 352 Seiten, DM 84,00, ISBN 3-504-68007-5)

2. Erfolgreiche Unternehmensleiter machen sich in der Regel zu wenig Gedanken über Ihre eigene Altersversorgung. Der Haufe-Verlag hat einen sehr instruktiven Arbeitsordner „**Geschäftsführer-Altersversorgung**“ vorlegt.

Lutz und Langohr-Plato sind ausgewiesene Experten auf dem Gebiet der betrieblichen Altersversorgung. Sie führen in dem Arbeitsordner durch alle notwendigen Regelungsbereiche der Altersversorgung für GmbH-Geschäftsführer. Gestaltungsmöglichkeiten werden aufgezeigt. Muster einer Pensionszusage, der entsprechenden Beschlußvorlage für die Gesellschafterversammlung werden vorgelegt. Ebenso finden Sie ein Muster für die Verpfändung der Rückdeckungsversicherung und einen Beratervertrag, der statt der Barvergütung eine Pensionszusage enthält.

Zusätzlich werden in einem Dokumentationsteil die wichtigen arbeits-, steuer- und sozialrechtlichen Entscheidungen zur Versorgung der Gesellschafter-Geschäftsführer vorgestellt.

Der Arbeitsordner ist mit einer Software ausgestattet, welche die wichtigsten Muster und Arbeitshilfen enthält.

(Dr. Joachim Lutz/Dr. Uwe Langohr-Plato, Geschäftsführer-Altersversorgung, 7. Auflage, Haufe-Verlag, Freiburg 1994, ISBN 3-930-66104-7)

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis

(Heft 1 – 9, 1995)

Anerkennung

- Information d. Berufs-Haftpflichtversicherers 95, 131

Anscheinsbeweis

- Ursachenzusammenhang, haftungsausfüllender 95, 74

Belehrungspflicht d. Notars

- „ins Blaue hinein“ 95, 158
- rechtliche Tragweite 95, 158
- Vorleistung, ungesicherte 95, 158

Auskunft d. Gerichtes

- zum Fristenlauf 95, 42
- zur Zuständigkeit 95, 42

Belehrungspflicht d. StB/WP

- Auftragsinhalt 95, 65
- Beweislast 95, 49, 178
- Dokumentationspflicht? 95, 49, 194
- Eindringlichkeit d. – 95, 178
- Erfolgsaussichten, Rechtsmittel 95, 143
- über Fehler des Vorberaters 95, 53
- Kostenbelastung 95, 143
- Nachprüfung durch StB? 95, 178
- über steuerliche Risiken = vermeidbare Steuern 95, 30
- relativ sicherster Weg = Verfassungsmäßigkeit 95, 30
- ungefragte – = Auftragsinhalt 95, 65

Berichtigung (§129 AO)

- unterlassene FA-Prüfung 95, 157

Berufsrecht d. StB

- Teilnahme an mündlicher Prüfung = Existenzgefährdung 95, 187

Berufsverbot

- Schuldnerverzeichnis 95, 144

Berufungsbegründungsfrist

- Verlängerungsantrag = pauschale Begründung 95, 20, 195
- am vorletzten Tag 95, 195

Bestandskraft

- Wiederholung eines VA 95, 46

Betriebsaufgabe

- verzögerte – 95, 134

Beweislast

- Fehlberatung 95, 49
- Kausalität = z. Pflichtverletzung u. Schaden 95, 21, 51

Bilanz

- Dritthaftung 95, 51
- Testat = ohne – 95, 51

Bilanzveröffentlichung

- Verletzung d. allgem. Persönlichkeitsrechts 95, 39

Buchführungsauftrag

- Datenerfassung = durch Mandanten, Dipl.-Betriebsw. 95, 131
- Mandantenpflichten = fehlerhaftes Kassenbuch 95, 13

Darlegungslast/Regreßanspruch

- Schaden = Umsatzsteueroption 95, 35

Dokumentationspflicht?

- über Belehrung 95, 49, 194

Dritthaftung

- stillschweigender Auskunftsvertrag = Bescheinigung ü. Steuererstattung 95, 126
- Bilanz = ohne Testat 95, 51
- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter = Kreditgeber 95, 126
- Testat 95, 126

Fachanwalt

- besondere Kenntnisse 95, 121
- Erfolgsquote Klausuren 95, 121

Finanzgerichtsordnung

- Vertagungsantrag 95, 142

Fristenkontrolle

- Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch = dezentrale – 95, 43
- Eingangsmitteilung d. Gerichtes 95, 194
- Fristausnutzung 95, 94, 195
- Fristenkontrollbuch = Telefax 95, 2
- = Vorfristnotierung 95, 25
- Fristüberwachung durch RA = Auskunft d. Geschäftsstelle 95, 42
- Fristversäumnis, unverschuldete – = Eingangsmitteilung d. Gerichtes 95, 194
- = Falschadressierung, Auszubildender 95, 90
- = Postbeförderung, neue Bundesländer 95, 42
- Information an Mandanten = Einspruchsentscheidung 95, 42
- = Rückfrage beim Mandanten? 95, 42
- Postannahme beim Mandanten = Postleitzahl 95, 182
- = Verlust d. Niederlegungsscheins 95, 44
- Telefax = Empfang, Ausdruck 95, 2
- = Fristlöschung 95, 2
- = OK-Vermerk, Sendebericht 95, 117
- Weisung an Bürokräft = mündliche 95, 207

Geschäftsbücher

- Einsicht in – 95, 168

Gewerbebetrieb

- Infektionstheorie 95, 168
- Konkursverwalter 95, 168

GmbH

- Geschäftsführergehalt, Frist 1.1.1996 95, 39

Grundurteil

- Schadenentstehung 95, 21

Haftungsbeschränkung

- im Treuhandvertrag = unmittelbare Schäden 95, 183

Handakten

- Mindestinhalt, StB 95, 199

Hinweispflicht d. Gerichtes, §139 ZPO

- Fristverlängerungsantrag 95, 195
- Rechtsprechungsänderung 95, 199

Honoraranspruch d. RA

- Abtretung 95, 168
- vorzeitige Beendigung des Mandates, §13 BRAGO 95, 123

Honoraranspruch d. StB

- Arbeitsergebnisse, Vorlagepflicht 95, 199
- Buchführung = Überprüfung und Korrektur 95, 35

BGH v. 24.3.1994 – I ZB 1/94 = NJW 1994, 1878	95, 20	BGH v. 9.2.1995 – 5 StR 722/94 = Wistra 1995, 191	95, 168
BGH v. 28.4.1994 – IX ZR 161/93 = NJW 94, 2283 = WM 94, 1673 = VersR 94, 1310 = BB 94, 1958	95, 55	BGH v. 22.3.1995 – VIII ZB 2/95 BGH v. 11.5.1995 – IX ZR 130/94 – Vorinstanz OLG Hamm v. 22.6.1994 – 25 U 72/89 = GI 1995, 35 = NJW 1995, 2108	95, 207 95, 178
BGH v. 29.4.1994 – VZR 62/93 = NJW 1994, 1879 = VersR 94, 1494	95, 2	BGH v. 11.5.1995 – IX ZR 140/94 = NJW 1995, 2108	95, 169
BGH v. 4.5.1994 – XII ZB 21/94 = NJW 1994, 2097	95, 2		
BGH v. 26.5.1994 – III ZB 11/94 = VersR 1995, 71 = MDR 1994, 1250	95, 42	OLG Düsseldorf v. 2.12.1993 – 13 U 25/93 OLG Düsseldorf v. 20.1.1994 – 13 U 102/93 OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 177/93 OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 207/93 OLG Düsseldorf v. 16.6.1994 – 13 U 218/93 OLG Düsseldorf v. 7.7.1994 – 18 U 29/94 OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 – 13 U 196/94 OLG Düsseldorf v. 21.7.1994 – 13 U 220/93 OLG Düsseldorf v. 11.10.1994 – 17 W 63/94 = StBg 1995, 217	95, 13 95, 11 95, 80 95, 32 95, 143 95, 201 95, 102 95, 100 95, 168
BGH v. 7.6.1994 – 5 StR 85/94 = BGHSt 40, 188 = NJW 1994, 2302	95, 77	OLG Düsseldorf v. 7.7.1995 – 13 U 163/93 OLG Frankfurt v. 6.10.1993 – 17 U 222/92 = VersR 1994, 1175 OLG Frankfurt v. 13.10.1993 – 21 U 145/92 OLG Frankfurt v. 19.5.1994 – 26 U 134/93 OLG Hamm v. 2.2.1994 – 25 U 96/93 OLG Hamm v. 9.3.1994 – 32 U 135/93 OLG Hamm v. 27.5.1994 – 25 U 171/93 OLG Hamm v. 1.6.1994 – 25 U 196/93 OLG Hamm v. 22.6.1994 – 25 U 125/93 OLG Hamm v. 29.6.1994 – 25 U 61/93 OLG Hamm v. 30.11.1994 – 25 U 112/93 OLG Karlsruhe v. 8.3.1994 – 3 U 45/93 OLG Karlsruhe v. 10.11.1994 – 11 U 87/93 OLG Köln v. 1.12.1993 – 11 U 78/93 OLG Köln v. 29.4.1994 – 19 U 201/93 OLG Köln v. 1.6.1994 – II U 244/93 = StB 94, 425 OLG Köln v. 26.8.1994 – 19 U 246/93 OLG Köln v. 24.11.1994 – 7 U 204/93, n. rkr. OLG München v. 25.11.1993 – 29 U 1854/93 = RBeistand 94, 93 OLG Nürnberg v. 8.12.1994 – 8 U 1673/94 – rkr. OLG Nürnberg v. 23.2.1995 – 3 U 263/95 OLG Oldenburg v. 17.12.1993 – 6 U 165/93 – rkr. OLG Zweibrücken v. 27.5.1994 – 1 Ss 12/94 = wistra 1994, 311 vgl. in diesem Heft S. 77	95, 199 95, 20 95, 17 95, 27 95, 126 95, 90 95, 51 95, 53 95, 35 95, 30 95, 131 95, 123 95, 146 95, 17 95, 16 95, 49 95, 78 95, 104 95, 64 95, 150 95, 206 95, 26 95, 64
BGH v. 8.6.1994 – VIII ZR 103/93 = NJW 1994, 2228 = DSStR 1994, 1201 = VersR 1994, 1360	95, 183		
BGH v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93 = BGHZ 126, 217 = NJW 1994, 3295 = VersR 1994, 1231	95, 21		
BGH v. 15.6.1994 – IV ZB 6/94 = NJW 1994, 2898 = VersR 1995, 73 = BB 1994, 1815	95, 44		
BGH v. 16.6.1994 – V ZB 12/94 = NJW 1994, 2299 = VersR 1995, 237	95, 42		
BGH v. 16.6.1994 – I ZR 66/92	95, 116		
BGH v. 6.7.1994 – VIII ZB 26/94 = NJW 1994, 2551 = VersR 1994, 1325	95, 25		
BGH v. 6.7.1994 – VIII ZB 12/94 = NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362	95, 76		
BGH v. 11.7.1994 – AnwZ (B) 3/94	95, 121		
BGH v. 13.7.1994 – IV ZR 294/93 = NJW 1995, 51	95, 58		
BGH v. 14.7.1994 – VII ZB 7/94 = NJW 1994, 2958	95, 90		
BGH v. 14.7.1994 – IX ZR 204/93 = NJW 1994, 2882 = WM 1994, 2162 = BB 1994, 1961 = DSStR 1994, 1748	95, 3		
BGH v. 27.9.1994 – XI ZB 9/94 = NJW 1994, 3235	95, 43		
BGH v. 20.10.1994 – IX ZR 116/93 = NJW 1995, 449 = WM 1995, 398 = VersR 1995, 212	95, 70		
BGH v. 27.10.1994 – IX ZR 12/94 = NJW 1995, 330 = WM 1995, 118 = VersR 1995, 305	95, 158		
BGH v. 17.11.1994 – VII ZB 12/94 = NJW 1995, 533 = VersR 1995, 362	95, 98		
BGH v. 1.12.1994 – IX ZR 131/94 = NJW 1995, 521 = VersR 1995, 297	95, 93		
BGH v. 1.12.1994 – III ZR 93/93 = NJW 1995, 1025	95, 209	LG Aachen v. 11.5.1994 – 10 O 369/93 LG Bielefeld v. 27.9.1994 LG Hamburg v. 26.5.1993 – 326 O 559/92 LG Weiden v. 7.7.1994 – 1 O 340/94 – n. rkr.	95, 134 95, 82 95, 15 95, 37
BGH v. 7.12.1994 – VIII ZR 153/93	95, 117		
BGH v. 26.1.1995 – IX ZR 10/94 = NJW 1995, 958 = DB 1995, 624 = MDR 1995, 416	95, 65		

FG Berlin v. 7.6.1993 – VIII 344/91	95, 42	BVerfG v. 25.11.1994 – 2 BvR 852/93 = NJW 1995, 711	95, 194
FG Brandenburg v. 14.12.1994 – 2 K 518/94 StB – rkr.	95, 144		
FG Brandenburg v. 13.5.1995 – 2 V 149/95 StB	95, 187	Hess. FG v. 16.3.1994 – 4 V 277/94 – rkr. = EFG 1994, 681	95, 39
FG Hamburg v. 28.9.1993 – III 272/92 – nrkr. = Stbg 1994, 197	95, 64		
FG Hamburg v. 7.10.1993 – II 13/93	95, 46	LAG Düsseldorf v. 23.12.1993 – 12 (11) SA 1657/93 = VersR 1994, 1208	95, 20
BFH v. 22.6.1992 – IV R 125/91 = BFH/NV 94, 553	95, 20		
BFH v. 6.10.1993 – X B 85-86/93 = LEXinform 0119247 = Steuertext 4525	95, 116	Landessozialgericht v. 27.7.1994 – L1 (3) Ar 2593	95, 42
BFH v. 11.2.1994 – VIII B 83/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0119218	95, 2		
BFH v. 24.2.1994 – IV R 33/93 = LEXinform 0119036 = Steuer-Telex 2810	95, 90		
BFH v. 15.3.1994 – XI R 89/92 = BFH/NV 95, 74	95, 39		
BFH v. 30.3.1994 – I R 52/93 = LEXinform-Dokumentnr. 0109695	95, 2		
BFH v. 12.4.1994 – IX R 31/91 = BFH/NV 95, 1	95, 157		
BFH v. 2.5.1994 – X B 124/93 = BFH/NV 1995, 44	95, 90		
BFH v. 4.5.1994 – XI R 104/92 = BFH/NV 95, 46	95, 142		
BFH v. 18.5.1994 – I R 111/93 = BStBl 1995, 24	95, 116		
BFH v. 18.5.1994 – I R 109/93 = StBg 1995, 36 = Lexinform 0103850 = Steuer-Telex 4514	95, 168		
BFH v. 21.6.1994 – VII R 34/92 = LEXinform 0109857 = Steuertext = BStBl 95 II, 230	95, 116 4526		
BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93 = BFH/NV 1995, 109	95, 194		
BFH v. 7.7.1994 – X B 152/94 = BFH NV 1995, 228	95, 116		
BFH v. 10.8.1994 – I R 133/93 = Lexinform 0126038 = Steuer-Telex 5012	95, 168		
BFH v. 11.8.1994 – IV R 126/91 = StBg 1995, 36 = Lexinform 019854 = Steuer-Telex 4515	95, 168		
BFH v. 23.8.1994 – V II R 143/92 = LEXinform 0126041 = Steuer-Telex 5017	95, 142		
BFH v. 8.9.1994 – V R 70/91 = BStBl 1995, 32	95, 142		
BFH v. 13.10.1994 – VII R 37/94 = BStBl II 1995, 10	95, 64		
BFH v. 25.10.1994 – VII R 14/94 = BStBl 1995 II, 210	95, 142		
BFH v. 29.6.1994 – I R 105/93 = BFH/NV 1995, 109	95, 194		
BAG v. 27.9.1994 – 2 AZB 18/94, 17 Sa 227/94 = LAG Düsseldorf	95, 195		
BVerwG v. 21.2.1994 – 1 B 19/93 = RBeistand 94, 99	95, 64		